

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)

NUMMER 132

9. Ausgabe 1971

EINZELPREIS S 3,-

NACH DEN WAHLEN KOMMT DAS ZAHLEN !

Die Kreisky-Regierung - moderne Sachwalterin des Grosskapitals

Nach einem "Wahlkampf", der sogar nach dem Urteil bürgerlicher Beobachter einen Gipfelpunkt an hemmungsloser Demagogie, prinzipienloser Effekthascherei und nach den Generalstabsplänen der führenden kapitalistischen Werbeagenturen ausgeheckter "wissenschaftlicher" Gehirn- und Seelenmassage der Massen brachte, hat Kreiskys SPÖ mit absoluter Mehrheit das Rennen gemacht und die Alleinverantwortung für die neugebildete österreichische Regierung übernommen.

Vom Ausmaß ihrer Stimmen- und Mandatsgewinne war anscheinend die SPÖ-Führung selber überrascht und ein nicht unbedeutender Teil dieser Führung hätte lieber nicht "so viel gesiegt". Es hätte gewisse taktische Vorteile gebracht, zum Abschluß einer sogenannten "kleinen Koalition" mit der FPÖ "gezwungen" zu sein und so das alte demagogische Spiel fortsetzen zu können, man

habe ja die besten Absichten, doch brauche man leider auch die Zustimmung der anderen. Andererseits hat die absolute Majorität natürlich auch ihre Vorteile und Annehmlichkeiten, ganz abgesehen davon, daß die öffentliche Prostitution mit einer großdeutsch-profasischen Partei politisch allerhand kostet.

Nun steht also die österreichische Arbeiterklasse einer "reinen" SPÖ-Regierung gegenüber. Was kann sie von dieser Regierung erwarten, wie soll sie sie einschätzen? Offenbar reduziert sich diese entscheidende Frage auf die Frage nach dem politischen Charakter und der klassenmäßigen Rolle der heutigen SPÖ.

Seit ihrer Gründung vor 83 Jahren hat die SPÖ einen sehr weiten Weg zurückgelegt und sich grundlegend verändert. Diese Veränderung und Wandlung ist auch nach dem Zweiten Weltkrieg weitergegangen.

Vom VI. Parteitag der PdAA

Siehe den Bericht der MLPÖ-Delegation im Innern des Blattes!

Ursprünglich klassenkämpferische Arbeiterpartei, verwandelte sich die österreichische Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende mehr und mehr in eine reformistische, parlamentarisch-opportunistische Arbeiterpartei. Dieser Prozeß der Entfernung von ihren revolutionären Ausgangspunkten erreichte einen Höhepunkt (besser: Tiefpunkt) während des 1. Weltkriegs, als die Partei die Parole der "Vaterlandsverteidigung" ausgab und auf sozialchauvinistische Positionen abglitt. War sie schon in der letzten Existenzperiode der Habsburgermonarchie "hoffähig", ja zur "staatserhaltenden" Partei geworden, so wurde sie in der jungen ersten österreichischen Republik geradezu zur Trägerin des kapitalistischen Staates, indem sie tat, was nur sie tun konnte: die proletarische Revolution von 1918/19 abzufangen und umzubiegen, den alten kapitalistischen Staat wieder zu restaurieren und so die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß nach relativ kurzer Zeit die Bourgeoisie wieder selbst das Staatsruder ergreifen konnte. Die Durchführung einer solchen Politik erforderte zunächst sehr großen Aufwand an politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zugeständnissen an die arbeitenden Massen, die nicht bereit waren, die Revolution für ein Linsengericht zu verkaufen. Man mußte ihnen bessere Speise bieten. Die österreichische Sozialdemokratie besorgte das und erwarb sich damit ihren Ruf als "erfolgreichste" Partei unter allen sozialdemokratischen Parteien Europas.

Als die österreichischen sozialdemokratischen Führer 1933/34 nach einem schrittweisen Ausverkauf vieler Errungenschaften der Jahre 1918 und 1919 den Schauplatz ihres Wirkens verließen, in die Emigration gingen oder es sich im Faschismus so gut als möglich einrichteten, taten sie es mit der tröstlichen Parole "Wir kommen wieder!" Sie hatten alles getan, die Erhebung der österreichischen Arbeiter gegen den Faschismus im Februar 1934 zu verhindern. Danach taten sie erst recht nichts gegen den Faschismus, schlossen mit ihm ihren Frieden oder warteten einfach auf bessere Tage.

1945 trat ein, was viele von ihnen selbst nicht erwartet hatten: der Hitlerfaschismus wurde geschlagen, Österreich aus seinen Fängen befreit und in die Lage versetzt, als eigener, unabhängiger Staat neu zu beginnen. Die versprengten Überreste der österreichischen Sozialdemokratie konnten sich jetzt wieder sammeln und den Platz einnehmen, den man für sie schon vorsorglich reserviert hatte. Unter dem Kasperl-Motto "Wir sind wieder da!" drängten sie sich auf die Bühne. Doch was sich nun als SPÖ konstituierte, war längst nicht mehr die Sozialdemokratie der 1. Republik, nicht mehr die Partei der sozialen Reformen und des "roten Wien" der Zeit nach dem 1. Weltkrieg, schon garnicht eine Fortsetzerin der alten kämpferischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Neunzigerjahre. Es war eine weitgehend neue Partei, die sich immer mehr als eine Art von Zwillingsschwester der ÖVP entpuppte, von dieser prinzipiell kaum noch unterscheidbar. Selbstverständlich mußte die

SPÖ-Führung die Traditionen der früheren sozialdemokratischen Partei berücksichtigen, an ihnen anknüpfen und sie maximal für ihre Zwecke ausnützen. Selbstverständlich färbte die soziale Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft und unteren Kader auf die parteioffizielle Methodik, Taktik und Sprache ab. Doch das bedingte nur die Form der Politik und nicht ihren Inhalt, es bedeutete nicht einmal unbedingt demokratischere oder liberalere Züge.

Die Rücksichtnahme auf die proletarische Herkunft ihrer meisten Mitglieder und vieler unterer Kader machte z. Bsp. zwar eine ausgiebige Anwendung der sozialen Demagogie und sozialistisch klingender Phrasen nötig, aber zugleich auch den betonten, aggressiven Antikommunismus der SPÖ-Führer. Schließlich waren ja gerade die Arbeiter am meisten durch die sogenannte "kommunistische Infiltration" gefährdet und konnte die Herausbildung einer revolutionären Einheitsfront der Arbeiter nur innerhalb der Reihen der Arbeiter selbst wirkungsvoll bekämpft werden. Selbst der Einsatz konterrevolutionärer Gewaltmittel war in dieser Phase von außen her ganz undenkbar, war nur unter Mißbrauch proletarischer Elemente, im "Namen" der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung möglich. Daher war es kein Zufall, daß der einzige in dieser Zeit unternommene größere Versuch, einen konterrevolutionären Gewaltstreich gegen die revolutionäre Arbeiterschaft vorzubereiten, paramilitärische konterrevolutionäre Rollkommandos zu organisieren und mit Hilfe der westlichen Geheimdienste heimliche Waffenlager für eine bewaffnete Abrechnung anzulegen, ausgerechnet unter der Leitung eines prominenten SPÖ-Führers, nämlich des Gewerkschaftspräsidenten und späteren SP-Innenministers Franz Olah, gemacht wurde.

Die Sozialdemokratie der Zeit von der Jahrhundertwende bis zum 1. Weltkrieg und im wesentlichen auch noch in der 1. Republik war das klassische Beispiel einer reformistischen Arbeiterpartei, einer sich vor allem auf proletarische Mitglieder stützenden Partei also, die versucht, die Arbeiter durch ein System von Reformen, durch soziale und ökonomische Augenblicksvorteile zum Verzicht auf die proletarische Revolution und auf die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu verleiten.

Nach 1945 trifft eine solche Definition nicht mehr zu, unter anderem schon deshalb, weil es keine revolutionäre Situation, ja nicht einmal ein starkes revolutionäres und Klassenbewußtsein der Arbeiter gibt, das zu wesentlichen politischen, sozialen und ökonomischen Zugeständnissen zwingen würde. Während einerseits also zwei Faschismen ihre tiefen Spuren auch in der arbeitenden Bevölkerung hinterlassen haben, ist außerdem der Prozeß der Integration der SP-Führung in das herrschende kapitalistische System bereits wesentlich weiter

fortgeschritten. Der Prozeß der Verwandlung der SPÖ von der klassischen reformistischen Arbeiterpartei in eine Spielart einer bürgerlichen Reformpartei wurde nach 1945 durch eine Reihe von Umständen erleichtert und beschleunigt. Ein solcher Umstand waren die Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung insbesondere der unteren Kader, aber auch in der Mitglieder- und Wählerschaft der SPÖ, zum Teil auch in ihrer Führung. Immer mehr treten hier bürgerliche, bürgerlich-intellektuelle (BSA), bürokratische und technokratische Schichten in den Vordergrund, dominieren im unteren Kader kleine Geschäftemacher, die aus ihrer Funktion allerlei persönliche Vorteile heraus schlagen und korrumpiert sind, während die Partei oben mit den Spitzen der staatlichen Bürokratie und des wirtschaftlichen Managements

Fortsetzung auf Seite 5



Ein goldener Bruno unterm Christbaum

Goldmedaille Bundeskanzler
Erhältlich in Banken und anderen Geldinstituten

Mit einem großen Inserat bietet die "Arbeiter-Zeitung" vom 17. Dezember 1971 den Opfern der Preistreiberi der Kreisky-Regierung ein überaus sinniges Weihnachtsgeschenk an. Mit ihrem letzten Geld können sie sich oder ihren Angehörigen einen "goldenen Bruno" im Durchmesser von 60 mm zu S 6.590,- oder sogar einen solchen mit 75 mm Durchmesser, für den sie dann freilich die Kleinigkeit von 13.400,- Schilling berappen müssen, unter den Lichterbaum legen. Mit seinem Feingehalt von 900:1000 ist ein solcher "Bruno" zweifellos unvergleichlich wertbeständiger als das Original.

Wann erfolgt endlich die Herausgabe eines "goldenen Felix" durch das Wiener Rathaus? Die jüngsten einschneidenden Tarifierhöhungen bei der Wiener Straßenbahn wären sicher ein schöner Anlaß gewesen.

ILLEGALE HAUSDURCHSUCHUNG IN DER WOHNUNG DES SEKRETÄRS DES ZK DER MLPÖ

Die finanziellen Schwierigkeiten der "Roten Fahne" ausnützend, für deren Verbindlichkeiten unmittelbar der Herausgeber haftet, hat sich die österreichische Staatspolizei einen für sie charakteristischen Streich einfallen lassen. Mit einem ganz unösterreichischen Tempo wurde eine unbezahlte Rechnung zum Anlaß einer Pfändungsklage genommen, diese sogleich gerichtlich sanktioniert und danach überfallsartig eine Aktion gestartet, die formell zwar als "Exekution" in Szene ging, in Wahrheit aber eine illegale staatspolizeiliche Durchsuchung der Wohnung des Herausgebers der "Roten Fahne" und Sekretärs des ZK der MLPÖ war.

Die Aktion lief so ab, daß zwei "Amtspersonen", von denen zumindest eine ein Stapo-Agent war, einen Zeitpunkt abwarteten, in dem die Wohnung des Betroffenen einige Stunden unbeaufsichtigt war, sich dann von einem mitgebrachten behördlich konzessionierten Einbruch-Spezialisten die Türschlösser öffnen ließen und danach eine zwei-stündige Durchsuchung der Wohnräume (Kommen und Gehen wurde von Hausparteien beobachtet) vornahmen, wobei sie sich vor allem für den Inhalt eines Schreibtisches und eines Einbauschranks, zweier Aktentaschen und diverser Büromappen interessierten.

Die Beamten hielten es nicht einmal für erforderlich, die deutlichen Spuren ihrer Schnüffelei zu beseitigen, sondern begnügten sich damit, ihre illegale Aktion durch das Aufkleben von Pfandsiegeln auf einen Fernsehapparat und einen Staubsauger zu "legalisieren". Auf dem in der Wohnung hinterlassenen amtlichen Wisch war nicht einmal der Grund dieser sogenannten Exekution genannt und kein Name eines Beamten ersichtlich. Auch auf dem Exekutionsgericht weigerte man sich, darüber Auskunft zu geben.

Die Büttel des kapitalistischen österreichischen Ausbeuterstaates, der jeden Revolutionär wie den Tod fürchtet, greifen immer öfter zu Methoden, die sogar ihren eigenen, auf ihre besonderen Bedürfnisse zugeschnittenen Gesetzen Hohn sprechen und auf die willkürliche Herrschaft der STAPO hinauslaufen. Die illegale, in Abwesenheit der Wohnungseigentümer vollzogene Durchsuchung der Wohnung des Sekretärs des ZK der MLPÖ ist ein neues, besonders aufreizendes Beispiel solcher faschistischer Methoden zum Zweck der politischen Schnüffelei und Überwachung.

Ein einigermaßen erfahrener Revolutionär wird von solchen Gangsterstückchen inmitten der "friedlich-

sten" Periode bürgerlicher "Demokratie" nicht überrascht sein und stets mit ihrer Möglichkeit rechnen. Dennoch muß der genannte, besonders provokante Vorfall als neuerliche Mahnung und Warnung an alle revolutionären Aktivisten verstanden werden.

Bereitet Euch noch besser als bisher auf die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit solcher Polizeistaatsmethoden vor! Schützt Euch auf jede Weise vor der Schnüffelei einer reaktionären Exekutive, die heute vor allem "Material", Informationen, Namen und Fakten sammelt, um notfalls vielleicht schon morgen einen Schlag gegen die anwachsende revolutionäre Arbeiterbewegung führen zu können!

Selbstverständlich dürfen Revolutionäre keinesfalls auf die maximale Anwendung aller sich bietenden Möglichkeiten legaler Tätigkeit verzichten, weil sie Massenverbindung brauchen - aber es wäre höchst gefährlich, ja unverantwortlich, wenn sie sich auf die behördliche Respektierung der sogenannten "demokratischen Rechte und Freiheiten", des "Postgeheimnisses", des "Telefongeheimnisses", der Achtung des privaten Lebensraumes, der Wohnung usw. verlassen würden!

FREMDE OHREN AN DER MUSCHEL

Vor einigen Monaten konnte man in der österreichischen "Presse", einem bekanntlich durch und durch bürgerlichen Organ, das folgende lesen:

"Knackt und rauscht es im Telefon, so haben die Gesprächspartner - jedenfalls aufgewecktere - gleich die Erklärung parat: 'Jemand hört mit.' Bei politischen oder wichtigen wirtschaftlichen Gesprächen drückt man sich dann vielleicht vorsichtiger aus, nennt keine Namen oder wechselt das Thema. Doch dieser Verdacht ist nur zur Hälfte begründet: Die Abhörer haben mit der technischen Entwicklung Schritt gehalten. Der 'dritte Mann' verrät sich normalerweise nicht durch Nebengeräusche, im Gegenteil, zusätzlich in die Abhörvorrichtung eingebaute Verstärker sorgen für besonders gute Verbindungen... Nimmt der Beschattete seinen Telefonhörer ab, so setzt sich in der Zentrale automatisch ein Tonband in Bewegung. Es registriert die gewählte Nummer und zeichnet das Gespräch auf. Ebenso wenn der Beobachtete angerufen wird, allerdings ist dann nur aus dem Gespräch zu erkennen, wer der Partner ist. Einige hundert Hilfskräfte sollen täglich die Aufzeichnungen auswerten, wörtliche Protokolle abfassen oder den interessierten Stellen das Wichtigste in Resümees zur Verfügung stellen... Verständlicherweise gibt es über den Kreis der Beschatteten nur Vermutungen..."

Tatsächlich - das berichtete die "Presse" am 14.4.1971 ganz ungeniert. Sie tat es so ungeniert, weil sie im gegenständlichen Fall nicht von Österreich, sondern von der "traditionsreichen französischen Demokratie" sprach.

Kann irgendein ernstzunehmender Mensch glauben, daß sowas in der viel weniger traditionsreichen "österreichischen Demokratie" nicht praktiziert werde? Mag sein, daß die Technik hier noch rückständiger und die Zahl der "Hilfskräfte" noch kleiner ist, mag sein, daß man hierzulande noch schlechter und nicht besser hört, wenn "gezapft" und "mitgeschnitten" wird. Doch im Prinzip ist kein Unterschied! Und Kreisky und sein Team werden wohl auch auf diesem Sektor

für die "Modernisierung" Österreichs sorgen und das System der Bespitzelung durch die Staatspolizei auf das bemerkenswert hohe Niveau der "westlichen Welt" heben.

PRESSPOLIZEILICHES

Die österreichische "Preßpolizei", ein besonders gut erhaltenes Prunkstück aus der Ära Metternich und Sedlnitzky, hat in den letzten Monaten geradezu Überstunden eingelegt, um der MLPÖ bzw. der "Roten Fahne" an Geldstrafen abzapfen - daher wohl der Name! -, was nur geht. Manchmal lagen gleich drei Vorladungen nebeneinander in unserem Postkasten, unterstützt durch den liebevollen Hinweis, im Falle des Nichterscheinens polizeilich vorgeführt zu werden. Auf welche krampfhaft Weise man dabei versucht, immer neue "Delikte" zu entdecken und zu bestrafen, bekunden einige neuere Beispiele:

Bei einem Flugblatt wurden infolge eines Druckfehlers im Impressum

die Worte "Inhalt" und "Verlag" verwechselt - Folge: eine saftige Geldstrafe. Ein anderes Flugblatt trug ein Impressum, in dem als Drucker die Wiener Organisation der MLPÖ angegeben war. Obwohl so etwas noch nie beanstandet wurde und durchaus üblich ist, behauptete die Preßpolizei uns gegenüber, als Drucker müsse eine physische und nicht eine juristische Person angegeben werden - also müsse sie uns wiederum bestrafen. Dritter Fall: Anfang Oktober versandten Herausgeber, Redaktion und Verwaltung der "Roten Fahne" an die Abonnenten, also an einen namentlich bekannten Kreis von Menschen, einen Geschäftsbrief auf dem üblichen Kopfpapier, in dem sie die Gründe für das zeitweilige Ausbleiben der Zeitung schilderten und um Unterstützung ersuchten. Offenbar durch einen Spitzel, der sich als Abonnent ausgibt, hat sich nun die Preßpolizei einen solchen Geschäftsbrief verschafft und behauptet nun, das sei ein "Flugblatt", dem ein Impressum fehle. Und schon wieder wollen die Herrschaften von uns eine Stange Geld kassieren!

Anscheinend rechnen sie damit, daß wir es uns nicht leisten können, den kostspieligen Versuch zu unternehmen, mit der Gerichtlichen Preßpolizei einen juristischen Streit zu führen.

BOMBEN-BURGERS „EHRE“

In ihrer Nummer 120 veröffentlichte die "Rote Fahne" einen Artikel über den NDP-Überfall auf das Lehrlingslager in Mürrzuslag. Dabei nannte sie den Anführer dieses Überfalls, den berüchtigten Terroristen Dr. Norbert Burger, der zugleich österreichischer NDP-Chef ist, einen "Faschistenhauptide". Dies und anderes empfand Herr Burger als Beleidigung seiner "Ehre" und begann einen Gerichtsprozeß gegen den für den Inhalt der "Roten Fahne" verantwortlichen Genossen Peter Tesinsky.

Genosse Tesinsky hat darauf den Wahrheitsbeweis für die Feststellungen der "Roten Fahne" angeboten und dem Gericht eine umfangreiche Sammlung von Originalmaterial vorgelegt, das Burger und die von ihm geführte Partei eindeutig charakterisiert.

Seither haben drei Verhandlungen stattgefunden, ohne daß der Prozeß

abgeschlossen worden wäre. Die Taktik Burgers und seiner Rechtsanwälte ist es anscheinend, die Prozeßkosten auf eine solche Höhe hinaufzuschrauben, daß eine Verurteilung der "Roten Fahne" zugleich ihren finanziellen Ruin bedeuten würde.

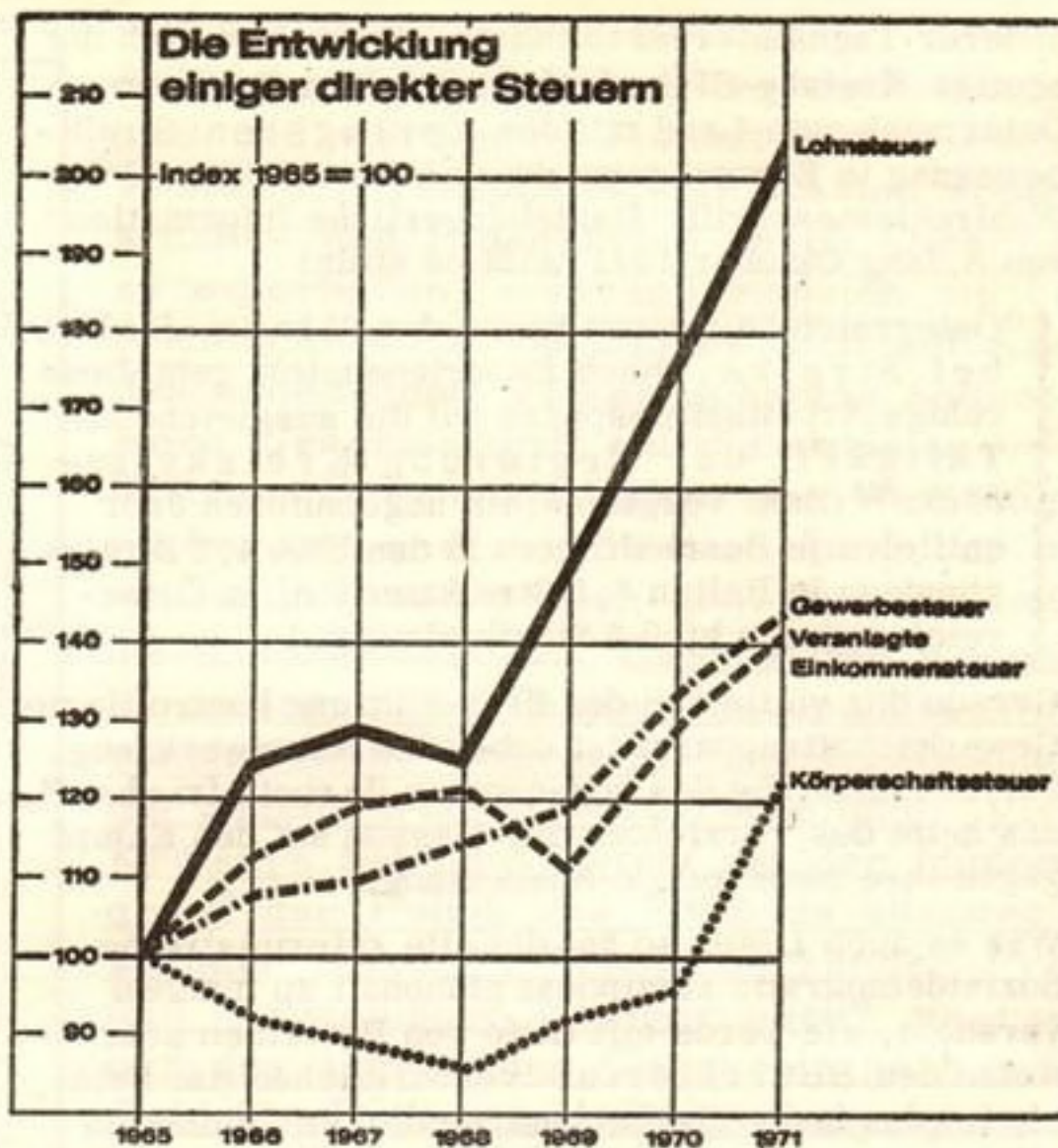
Sollte Burger mit seinem "Ehrenbeleidigungsprozeß" irgendeinen Erfolg haben, dürfte in Österreich niemand mehr ungestraft die Bezeichnung "Faschist" anwenden, selbst dort nicht, wo das sogar politisch Blinden in die Augen sticht. Dieser Prozeß ist also bei weitem nicht nur gegen die "Rote Fahne" gerichtet, sondern gegen alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte unseres Landes. Es ist daher notwendig, an sie alle ganz ernstlich zu appellieren, die "Rote Fahne" in dieser Angelegenheit mit allen erforderlichen Mitteln zu unterstützen.

Fortsetzung von Seite 3

(verstaatlichte Industrie, Paritätische Kommission usw.) verschmilzt und so schließlich der Weg für den nie aus seiner großkapitalistischen Umwelt herausgetretenen Manager Kreisky an die Spitze der SPÖ frei wird. Ein anderer bedeutungsvoller Umstand ist die grundlegende Veränderung im Wesen und in der Rolle der KPÖ, die für das herrschende Ausbeutersystem in Österreich keine Gefahr mehr darstellt, sondern bestenfalls noch als politischer Kinderschreck dient. Daß diese Entartung der KPÖ ein bloßes Zerrbild der Entartung ist, die nach dem Tode Stalins in der Sowjetunion, den meisten "Volksdemokratien" und in vielen Kommunistischen Parteien eingetreten ist, macht die Sache erst recht bedeutsam. Zusammen mit der relativ lange anhaltenden und kaum unterbrochenen wirtschaftlichen Konjunktur des Kapitalismus, sicher aber auch im Verein mit gewissen Begleiterscheinungen der österreichischen "Neutralität", bedeutet das für eine ganze Periode die weitere Verminderung des revolutionären Druckes seitens der arbeitenden Massen Österreichs, erleichtert und begünstigt also auch von dieser Seite her die Mauserung der SPÖ zur bloßen bürgerlichen Reformpartei, zur neuen "Volkspartei", zur "besseren" ÖVP. Mit Übernahme der vollen und alleinigen Regierungsverantwortung durch die SPÖ hat diese Entwicklung eine Art Krönung gefunden.

Diese Kreisky-SPÖ noch mit einer sozialdemokratischen Partei von einst, und sei es auch nur mit einer des reformistisch-opportunistischen Typs, zu verwechseln, heißt, ein volles Menschenalter historischer Entwicklung nicht begriffen zu haben und zu negieren. Als unbedingte Sachwalterin des kapitalistischen Ausbeutersystems in unserem Land ist die SPÖ und ihre Regierungsmannschaft zu keiner einzigen wesentlichen Reform zum Vorteil und Wohl des arbeitenden Volkes mehr bereit und zu haben, steht sie in allen wesentlichen Fragen fest an der Seite des Großkapitals, seiner Wirtschaft und seines Staatsapparats, an der Seite der Klassenfeinde des arbeitenden Volkes. Ihr Zugeständnisse abzutrotzen, erfordert oft noch härteren Kampf als gegenüber verschiedenen Fraktionen des Kapitals selbst.

Die heutige SPÖ-Führung gibt übrigens ganz offen zu, daß ihr jede Art proletarischer Klassenpolitik ein Greuel ist, daß sie



Selbst nach den offiziellen Statistiken ist in einer Zeit, in der die Körperschaftssteuer (für Kapitalgesellschaften) um etwa 20 Prozent gestiegen ist, die Lohnsteuer für die Arbeiter und Angestellten auf mehr als 200 Prozent hinaufgezogen worden. "Sozialstaat" Österreich!

statt solcher "Einseitigkeit" das "allgemeine Wohl", das Interesse der "Volkswirtschaft überhaupt", die "Zusammenarbeit der Sozialpartner" usw. im Auge habe. Auch nicht die kleinsten Schritte in Richtung auf eine sozialistische Gesellschaftsordnung, sondern die bloße "Modernisierung" unseres Landes sind ihr erklärtes Anliegen. Das heißt aber nichts anderes als Modernisierung innerhalb der großkapitalistischen Herrschaftsverhältnisse und in ihrem wohlverstandenen Interesse, es heißt maximale Rationalisierung dieses Systems, Erreichung einer höheren Effektivität, also höherer Profitraten in der kapitalistischen Wirtschaft, es heißt Sorge für besseres, reibungsloseres Funktionieren der kapitalistischen Staatsmaschinerie und Sorge für zweckentsprechendere Organisation des ganzen wirtschaftlichen Ausbeutungs- und politischen Unterdrückungssystems in Österreich.

Wenn die Kreisky-SPÖ irgendwo für Reformen eintritt, dann sind das entweder belanglose Dinge zu optischen Zwecken oder eben Reformen zur funktionellen Vervollkommenung des kapitalistischen Systems. Wenn die Sozialdemokratie seinerzeit die Arbeiter zwar nicht revolutionär, aber zumindest für den Kampf um Teilforderungen organisierte und sie in manchmal sehr umfangreiche Massenbewegungen zur Durchsetzung sozialer oder

anderer Tagesinteressen führte, rechnet es sich die heutige Kreisky-SPÖ als höchstes Verdienst an, Österreich zum Land mit der geringsten Streikbewegung in Europa gemacht zu haben. In der SPÖ-Wahlreklameschrift "Staatsbürgerliche Information" von Anfang Oktober 1971 heißt es stolz:

"Österreich hält damit heuer den Minus-Rekord bei Streiks. Nach Expertenansicht geht diese ruhige Arbeitsatmosphäre auf die ausgleichende Tätigkeit der Regierung Kreisky zurück." (Zum Vergleich: im abgelaufenen Jahr entfielen je Beschäftigtem in den USA 4,2 Streikstunden, in Italien 8,5 Streikstunden, in Österreich dagegen bloß 5 Streikminuten.)

Gerade der völlig von der SPÖ-Führung kontrollierte Gewerkschaftsapparat ist dabei das Hauptwerkzeug zur Garantierung des sogenannten "Arbeitsfriedens", das heißt des Verzichtes der Massen auf den Kampf gegen ihre zunehmende Ausbeutung.

War es auch Lüge, so hat die alte reformistische Sozialdemokratie zumindest glaubhaft zu machen versucht, sie werde mit Hilfe von Reformen schrittweise den Sozialismus verwirklichen (im Prinzip ist das heute die Lebenslüge der Revisionisten aller Sorten). Die heutige Kreisky-SPÖ braucht diesen Trick nicht mehr, hat sie die Losung des "sozialistischen Österreich" doch längst durch die Parole des "sozialen Österreich" und jetzt einfach des "modernen Österreich", nämlich eines modernen kapitalistischen Österreichs, ersetzt.

Daß die SPÖ-Führer bei dieser ihrer Politik der Modernisierung und Rationalisierung des kapitalistischen Systems in Österreich nicht den ungeteilten Beifall aller Fraktionen des einheimischen Kapitals finden, ist nicht immer bloße Demagogie, darf aber auch nicht als Anzeichen irgendwelcher "antikapitalistischer" Züge dieser Politik mißverstanden werden. Innerhalb der Kapitalistenklasse gibt es vielfältige Gegensätze, im Detail oft sehr weit auseinandergehende Interessen, je nach ihrer Situation in der Produktion oder im Handel. Auch Maßnahmen, die sehr wohl im gemeinsamen Interesse der Kapitalistenklasse in ihrer Gesamtheit liegen, können die Interessen bestimmter Kapitalsgruppen verletzen und von ihnen heftig bekämpft werden. Im besonderen gibt es gerade in Österreich auch verschiedene kapitalistische Gruppen, die an Verhältnissen der Rückständigkeit, der zünftlerischen Beschränktheit usw. profitieren, ihre wirtschaftlichen Reservate und kleinen Fürstentümer mit Zähnen und Klauen verteidigen, auch wenn das der Wirksamkeit und Effektivität des kapitalistischen Systems in seiner Ganzheit schadet. Außerdem hat die besondere Verankerung der ÖVP in gewissen klein- und mittelbürgerlichen Kreisen, in diversen Innungen, Gremien und Kammern zur Folge, daß sie oft auch als Partei in Gegensatz zu bestimmten Rationalisierungs-

bestrebungen der SPÖ gerät, die dabei interessanterweise oft gerade vom Industriellenverband und von einigen Spitzen des Kapitals unterstützt wird.

Alles das schuf für die SPÖ die Voraussetzung, aus einem typisch bürgerlichen "Wahlkampf" in einer Zeit weitgehender politischer Stagnation in der Arbeiterschaft und des Fehlens größerer proletarischer Klassenkämpfe als eindeutige Siegerin hervorgehen zu können. Sie siegte als Partei, deren Bezeichnung als "sozialistisch" schon so offenkundig zur leeren Phrase verblaßt ist, daß sie keinerlei bürgerliches Mißtrauen mehr erwecken kann. Sie siegte als die "modernere", zeitgemäßere und wirkungsvollere, als die "bessere" ÖVP - betrachtet vom Standpunkt des kapitalistischen Systems. In diesem Sinne hat sie ihre Regierung auch angetreten, ihr Regierungsprogramm verkündet und ihre ersten Maßnahmen getroffen. In dieser Richtung versucht sie auch, ihre Positionen zu festigen und

Lohnsteuerwucherland Nr. 1

Eine kürzlich veröffentlichte internationale Statistik gibt an, wieviele Minuten ein qualifizierter Arbeiter oder ein Angestellter pro Stunde für den Fiskus, für das Finanzamt, arbeitet. Danach frisst das Steueramt von jeder Arbeitsstunde:

in Italien	5 Minuten
in der Schweiz	6 Minuten
in Frankreich	6 Minuten
in Belgien	7 Minuten
in den Niederlanden	9 Minuten
in Westdeutschland	9 Minuten
in den USA	10 Minuten
in Großbritannien	13 Minuten
in Schweden	14 Minuten
in Österreich	19 Minuten!

Der reaktionäre österreichische Staat, der sich wie zum Hohn gerne "Sozialstaat" nennt, verbraucht somit fast ein Drittel der Arbeitsleistung seiner Arbeiter und Angestellten, um seine aufgeblähte schmarotzerische Bürokratie, seinen verhassten Polizei-, Gendarmerie-, Militärapparat usw. zu füttern.

Stellen wir dem das Beispiel eines wirklich sozialen, nämlich sozialistischen Landes, das Beispiel Albaniens gegenüber: trotz dem erstaunlichen Tempo, in dem dort das Sozialrecht, die soziale Fürsorge, das Gesundheitswesen, das Bildungswesen, die wissenschaftliche Forschung usw. ausgebaut wird, hat dieses Land auf jegliche Besteuerung des arbeitenden Volkes verzichtet! Die albanischen Arbeiter und Angestellten sowie die werktätigen Bauern kennen keinerlei Lohnabzüge, Abgaben oder Steuern mehr. Das ist möglich, weil dort die Produktionsmittel Eigentum des arbeitenden Volkes sind und kein Kapitalist mehr an der Arbeit anderer profitieren kann.



„So sehen Sie doch selbst! Wo soll ich es denn hernehmen?“

sich dem Großkapital unentbehrlich zu machen.

Allerdings beginnt die Lage nun in Österreich rasch komplizierter zu werden, als sie es bisher war - auch für die SPÖ und ihre Regierung. Die lange Periode einer verhältnismäßig ungestörten und von schweren Erschütterungen freien wirtschaftlichen und politischen Entwicklung steht anscheinend vor ihrem Abschluß. Die bisherige kapitalistische Konjunktur innerhalb und außerhalb Österreichs wird in wachsendem Tempo von einer Phase krisenhafter Erschütterungen und zunehmender Unstabilität abgelöst. Sicherlich hat der kapitalistische Staat noch diverse Mittel zur Verfügung, mit denen er sich auf einzelnen Gebieten und für begrenzte Zeit helfen kann. Doch die kapitalistische Krise läßt sich damit nicht verhindern, denn ihre Unvermeidlichkeit liegt im Wesen des Systems der kapitalistischen Ausbeutung selbst begründet. All die "Stimulans", Stützungsmaßnahmen, "antizyklischen" Eingriffe und "Steuerungsmechanismen", die der kapitalistische Staat und seine Regierung, in unserem Falle also das Kreisky-Kabinett, anwenden kann, können den vollen Ausbruch der Krise bestenfalls kurzfristig hinausschieben - um den Preis ihrer noch verheerenderen Wucht danach. Das Problem wird dadurch noch verschärft, daß die weitgehende politische und wirtschaftliche Unterordnung Österreichs gegenüber den Wünschen und Interessen des amerikanischen und des westdeutschen Kapitals jetzt rasch ihre bitteren Folgen zeitigen wird. Die westlichen Kapitalisten, die einen großen Teil der österreichischen Industrie aufgekauft oder unter ihre Kontrolle gebracht haben, für ihre Kredite enorme Zinsen eintreiben und auf die Politik aller im Parlament vertretenen Parteien be-

deutenden Einfluß haben, versuchen schon jetzt und werden in Zukunft immer rücksichtsloser versuchen, die Lasten ihrer Wirtschafts- und Finanzkrise nach Österreich zu exportieren, während zugleich die österreichische Großbourgeoisie sich auf Kosten des arbeitenden Volkes schadlos halten will, einen Generalangriff auf die sozialen und politischen Errungenschaften der Werktätigen vorbereitet und zur Niederhaltung der Massen insbesondere auch den Polizei- und Militärapparat ausbaut. Das ist der wesentliche Hintergrund der ganzen Innenpolitik, Wirtschaftspolitik, Währungs- und Preispolitik, die gegenwärtig in Österreich unter Vorsitz Kreiskys betrieben wird, ist der Hintergrund der Politik des "Abbaus allzugroßer sozialer Lasten", "kostendeckender Preise" und "notwendiger Einsparungen" einerseits und des aufgeregten Geschreis nach mehr Geld für Polizei und Bundesheer andererseits.

In der Praxis bedeutet das, den arbeitenden Massen wie einem gedulden Esel Opfer auf Opfer, Bürde um Bürde aufzuerlegen. Die unsozialen Massensteuern werden immer wucherischer und überschreiten selbst die hohen Ansätze im Budget. Allein die Lohnsteuerabzüge waren in den ersten zehn Monaten von 1971 um 1,3 Milliarden S, das ist rund um ein Fünftel höher als in der selben Periode des Vorjahrs, die Ausdehnung der Umsatzsteuer gegenüber dem Vorjahr beträgt mehrere hundert Millionen Schilling pro Monat. Dennoch dreht die SPÖ-Regierung weiter an dieser Schraube. Geradezu überfallsartig haben die Kreisky-Regierung und die "sozialistische" Wiener Gemeindeverwaltung unmittelbar nach den Wahlen eine ganze Kette einschneidender Verteuerungen und Tarifierhöhungen beschlossen, deren Folgen noch gar nicht abzusehen sind. Wie die folgende unvollständige Aufzählung zeigt, waren sie keineswegs kleinlich:

Benzin und Superbenzin	S 0,20 pro Liter
elektrischer Strom	14 Prozent
Straßenbahn in Wien	20-100 Prozent
Grazer Straßenbahn	25 Prozent
Linzer Verkehrsbetriebe	8-33 Prozent
Personentarife von	
Eisenbahn und Autobus	17-100 Prozent
Reisegepäck und Frachtgut	43 Prozent
Zigaretten und Tabak	14 Prozent
Wr. Städtische Bäder	30 Prozent
usw. usw.	

Zweifelloos wird diesem von der Regierung vorgenommenen Preiswucher ein ganzer Rattenschwanz von Verteuerungen bei den Privatkapitalisten folgen, die dafür nun hundertfache Ausreden haben. Inzwischen kündigt die Wiener SPÖ-Gemeindeverwaltung schon die nächste Runde an: sie will den Wassertarif um 50 %, die Gebühr für Müllabfuhr um 25 %, die Kanalgebühren um 70 % erhöhen, eine zusätzliche Abgabe für die Benützung von Radio und Fernsehen sowie eine Parkometersteuer einführen. Ihre Parteifreunde auf Ministerebene diskutieren währenddessen die weitere Verteuerung der Posttarife (Inland), der Ge-

werkschaftssekretär Sakanina ventiliert die Möglichkeit einer Erhöhung der Beiträge zur Krankenversicherung, und so fort.

Bei etlichen, unmittelbar in die Kompetenz der SPÖ-Mandatare fallenden jüngsten Verteuerungen ist ihre "soziale" Abstufung bezeichnend. Die Wiener Straßenbahn z.Bsp., die stolz von sich sagen kann, daß sie den Preis eines Fahrscheins innerhalb von 24 Jahren genau auf die 24-fache Höhe getrieben hat (1947 kostete er 25 Groschen, jetzt S 6,-), hat Arbeiterwochenkarten (42-44 %), Lehrlingswochen- und -Monatskarten (39 %) und Kinderfahrscheine (100 %) am allermeisten verteuert. Bei der ÖBB-Tariferhöhung hat es der SP-Verkehrsminister Fröhbauer für richtig befunden, in erster Linie die Benützer der 1. Klasse zu schonen, dafür aber die Benützer der 2. Klasse, der Arbeiterwochenkarten und Schülerkarten umso kräftiger zur Ader zu lassen.

Alles das bedeutet, daß die Geldentwertung im allgemeinen und die Verminderung der Kaufkraft der arbeitenden Massen im besonderen jetzt sprunghaft voranschreitet. Das beschleunigt und verstärkt aber unvermeidlich die Krisenerscheinungen. Solche alarmierenden Fakten wie die Schließung der Hinterberger Zellulosefabrik bei Leoben mit 370 Beschäftigten, die Sperre der Hammerbrotwerke in Wien-Floridsdorf mit 350 Beschäftigten, die Stilllegung eines der 4 Hochöfen der Vöest, die beträchtlichen Produktionseinschränkungen im Aluminiumwerk Ranshofen, die Krisensymptome im steirischen Alpinekonzern, die Sperre der Wiener Ziegelwerke AG in Leopoldsdorf, usw. zeigen deutlich, wohin jetzt die Reise geht.

Wie die in diesen Fragen sehr gut informierte "Neue Zürcher Zeitung" vom 27. November 1971 berichtet,



"Die jüngsten Tariferhöhungen sind nicht preistreibend, sondern preisdämpfend!"

(Bundeskanzler Kreisky am 18.12.1971)

mehren sich in Österreich jetzt die Anzeichen wirtschaftlicher Unstabilität. Darauf deuten "relativ große monatliche Zufallsschwankungen in den wirtschaftsstatistischen Reihen, ein anhaltender Abbau von Überstunden in der Industrie, unterdurchschnittliche Wachstumsraten im Energieverbrauch, nachlassende Nachfrage nach Konsumgütern und nachlassender Lohnauftrieb sowie eine erste, allerdings bescheidene Zunahme der Arbeitslosigkeit" hin. "Einiges Aufsehen erregten Ankündigungen von Kurzarbeit mangels Arbeit in zwei Tiroler Industriebetrieben. Die Veränderungsraten in der Industrieproduktion streuten im September zwischen Zunahmen von 15 % und Einbußen von 24 %, wobei bereits 8 von 22 erfaßten Branchen weniger erzeugten als im Vorjahr."

Unter Berufung auf solche und ähnliche Zeichen der "konjunkturellen Entspannung" verlangte die großkapitalistische österreichische "Presse" kürzlich in einem Artikel unter dem Titel "Unbequeme Jahre liegen vor uns" kategorisch, Österreich müsse angesichts der bevorstehenden "Schwierigkeiten" seinen "Sozialaufwand" überprüfen, die Lebensmittelsubventionen abbauen, das Bundesbahndefizit beseitigen, die Arbeiter und Angestellten mit Hilfe des ÖGB zum "Verzicht auf eine aggressive Lohnpolitik" bewegen und dergleichen mehr.

Der Artikel erschien am Vorabend der Bildung der Kreisky-Regierung und brachte den Standpunkt des österreichischen Großkapitals zum Ausdruck. Und was machen nun Kreisky und seine SPÖ-Genossen? Sie tun haargenau das, was die Großkapitalisten verlangen, sie sind das durchführende Organ der von ihnen gewünschten Politik!

Die SPÖ Kreiskys ist auch insofern die "bessere ÖVP", als sie heute noch den größeren Einfluß auf die Betroffenen hat, mehr in die Waagschale werfen kann, um die arbeitenden Massen trotz der zunehmenden Belastungen und Opfer "ruhig" und "friedlich" zu halten. Ein namhafter Führer der Sozialdemokratie hat einmal zynisch erklärt, das Prestige, das man bei den Arbeitern habe, sei dazu da, verbraucht zu werden. In eben dieser Situation befindet sich jetzt die SPÖ-Regierung und die ganze Führung der SPÖ.

Die noch sehr großen Illusionen breiter Teile auch der Arbeiterschaft über die politische Rolle der SPÖ-Führer beginnen sich jetzt an der harten Wirklichkeit zu stoßen und werden das in der nächsten Zeit immer mehr tun. Im Mittelpunkt der Tätigkeit der MLPÖ unter den Massen stehen daher die Aufgaben, die aus einer solchen Situation folgen. Marxisten-Leninisten ist klar, daß es keine automatische, selbsttätige Revolutionierung der Massen gibt, die man nur abzuwarten braucht. Die Illusionen arbeitender Menschen über die Rolle der "sozialistischen" Führer in Regierung,

Parteiapparaten und Gewerkschaften müssen im tagtäglichen unmittelbaren Kampf der Massen selbst widerlegt und zerschlagen werden, in einem Kampf, der von den bewußtesten Kräften der Arbeiterklasse, eben von den Marxisten-Leninisten und ihrer Partei, initiiert, organisiert und geführt werden muß, wenn er dauerhafte Erfolge zeitigen soll. Ist diese revolutionäre Vorhut zu schwach, zu wenig aktiv, zu wenig mit den Massen verbunden, dann besteht die große Gefahr, daß auch Teile der arbeitenden Bevölkerung, enttäuscht und verbittert durch den opportunistischen und revisionistischen Verrat, den neofaschistischen Demagogen zum Opfer fallen und sich für deren dunkle Pläne mißbrauchen lassen.

Diese Gefahr vor Augen, müssen die Organisationen und Mitglieder der MLPÖ in den Betrieben und Wohngebieten - ohne erst auf besondere Weisungen zu warten - ihre Massennarbeit forcieren und verbessern, müssen sie die Initiative zu vielerlei kleineren und größeren Aktionen ergreifen, in deren Mittelpunkt der Kampf gegen die Teu-

erung, gegen die unsozialen Massensteuern, gegen die Betriebsstillegungen und Abbaumaßnahmen, gegen den wirtschaftlichen Ausverkauf, gegen das politische Vordringen der Reaktion, gegen das reaktionäre Bundesheer usw. stehen müssen. Mag der Stil eines Flugblatts auch holperig sein, möge auch die eine oder andere Formulierung mißlingen - die Richtung muß stimmen. Aus Fehlern wird man lernen.

Die vor der MLPÖ, vor allen österreichischen Marxisten-Leninisten, vor allen proletarischen Revolutionären und wirklichen Linken stehenden Aufgaben sind äußerst umfangreich, oftmals schwierig, scheinen bei weitem ihre gegenwärtigen Kräfte zu übersteigen. Dennoch müssen sie mit aller Entschiedenheit in Angriff genommen werden. Es gibt keinen anderen Weg vorwärts. Im Kampf selbst werden die Kräfte wachsen und schon bald wird sich zeigen, daß so groß wie die Aufgaben auch die Möglichkeiten ihrer erfolgreichen Meisterung sind.

RF

Zusperr - Theorie :

China , Hinterberg und die „Verstaatlichte“

Um ihre arbeiterfeindlichen Maßnahmen als notwendig und unvermeidlich, ja sogar als segensbringend hinzustellen, ist den österreichischen Kapitalisten und ihren Agenten wirklich kein Mittel zu schlecht und kein "Argument" zu dumm. Das demonstriert überaus anschaulich die November-Nummer 1971 der von der "Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaft und Politik" herausgegebenen Zeitung "Probleme von heute", die in großer Auflage an die Arbeiter und Angestellten vieler österreichischer Betriebe versandt wird. (Anscheinend verfügen die Herausgeber über die Adressen der Gewerkschaftsmitglieder!)

Man höre und staune: in dieser Zeitung wird die wachsende Einwohnerzahl Volkschinas als "Argument" für die Schließung österreichischer Betriebe verwendet!

Das Blatt setzt die große Schlagzeile "Eine Milliarde Chinesen" auf ihre Titelseite und knüpft daran folgende Behauptungen:

"Neue Mächte mit wachsendem

Übergewicht an Menschenzahl melden Ansprüche auf eine Vormachtstellung in der Welt an. Nach Prognosen wird Chinas Bevölkerung um das Jahr 2000 von heute 800 Millionen auf rund 1,5 Milliarden gewachsen sein."

Daraus folge angeblich:

"Die europäischen Völker werden sich in Zukunft immer weniger auf andere verlassen können. Auch die Schutz- und Fürsorgefunktion der USA dürfen sie nicht als Erbpacht in ihre Zukunftsrechnung einbauen. Sie müssen vielmehr ihre eigenen Kräfte voll entfalten."

Was soll also geschehen?

"Viel zu wenig wird beachtet, daß es dabei auch um die Bereitschaft geht, Altes aufzugeben und nicht an Überholtem festzuhalten."

Wer nun schon Böses ahnt, hat recht, denn jetzt springt die Katze vollends aus dem Sack:

"Das gilt selbstverständlich besonders in der Wirtschaft, wo die Entwicklung neuer Verfahren und

Produktionen immer wieder damit verbunden ist, daß alte, unrentabel gewordene Betriebsstätten geschlossen werden. Wer um jede solche Betriebsstätte wie um eine heilige Festung kämpft, hemmt den Fortschritt."

Die Verfasser haben ganz konkrete Beispiele vor Augen:

"Ein Beispiel dafür waren die Vorgänge um die Schließung der steirischen Zellulosefabrik Hinterberg im Oktober und November. Der Betrieb mußte schließen, weil seine Produktion nicht mehr verkauft werden konnte und daher den anfallenden Kosten keine entsprechenden Einnahmen gegenüberstanden. Dennoch wurde der Fall zu einem politischen Skandal hochgespielt. Man inszenierte das Schauspiel eines erbitterten Kampfes um die Weiterführung des Betriebes."

Anstelle einer solchen "politischen Gesinnung von vorgestern" gelte es, "gemeinsame Anstrengungen" zu machen, um die erforderlichen "Umstellungen möglichst rei-

bungslos zu gestalten. Dazu gehöre auch die Sorge der Arbeiter, die Betriebe durch größere Bescheidenheit nicht in ihrer Rentabilität zu bedrohen. Der Funktionär der Chemiearbeitergewerkschaft Holzinger habe das Problem in der letzten Hinterberger Betriebsversammlung ganz richtig dargestellt:

"Hinterberg war sozialpolitisch eine unserer besten Stellen. Aber was helfen uns jetzt Spitzenlöhne und soziale Errungenschaften?"

Merks, Arbeiter! Höre auf Deine

Gewerkschaft und ruiniere durch Deine Begehrlichkeit nicht den Unternehmer, der Dich bekleidet und ernährt!

Doch Spaß beiseite – die Sache ist wirklich nicht zum Lachen. Zeigt sie doch, welche Art von Gewerkschaftsführern sich die österreichischen Arbeiter immer noch gefallen lassen, aber auch, worauf der ganze, jetzt insbesondere von den SPÖ-Führern veranstaltete Rummel von der "Modernisierung", "Strukturanpassung" und "Europareife" hinausläuft.

Es geht bei weitem nicht nur um Hinterberg. Gleich nach diesem Beispiel führen die Verfasser das Beispiel der ganzen verstaatlichten Industrie an, die ebenfalls "ernste Sorgen" bereite: "Hier ist ein großer Bereich unserer Wirtschaft den Anforderungen von morgen nicht mehr gewachsen."

Ohne es direkt auszusprechen, macht das Blatt doch klar, was seine Herausgeber wollen: "Lösung" des Problems nach der Methode Hinterberg!

Vom VI. Parteitag der PdA

Grandiose Siegesbilanz und begeisternder Ausblick

Während der letzten Oktober- und ersten Novemberwoche 1971 stattete eine Delegation des Zentralkomitees der MLPÖ unter Leitung des Genossen Franz Strobl der Volksrepublik Albanien einen Besuch ab, um auf Einladung des ZK der Partei der Arbeit (PdA) an den Tagungen des VI. Parteitags der PdA und an den Feierlichkeiten anlässlich des 30. Jahrestags der Gründung der PdA teilzunehmen. Während ihres Aufenthaltes absolvierte die MLPÖ-Delegation ein umfangreiches und außerordentlich interessantes Programm, besichtigte eine Reihe von Betrieben, landwirtschaftlichen Genossenschaften, Kultureinrichtungen usw., besuchte verschiedene Arten von Veranstaltungen und führte zahllose freundschaftliche Gespräche mit albanischen Arbeitern und Bauern, Parteimitgliedern und Funktionären, aber auch mit den Vertretern der anderen 25 marxistisch-leninistischen Bruderparteien, die nach Albanien gekommen waren. Am Vorabend der Eröffnung des Parteitags nahm die MLPÖ-Delegation an einem großen Empfang des ZK der PdA zu Ehren der Delegationen der ausländischen Bruderparteien teil, bei dem der 1. Sekretär des ZK der PdA, Genosse Enver Hodscha, eine bedeutsame Rede hielt. Der Empfang, wie überhaupt die Aufnahme und der gesamte Aufenthalt der Vertreter der marxistisch-leninistischen Bruderparteien war durch äußerste Herzlichkeit und enge internationalistische Kampfesfreundschaft gekennzeichnet.

Der VI. Parteitag der PdA tagte in einer Atmosphäre unerhörter, das ganze albanische Volk erfassender Begeisterung und Festtagsstimmung. Das albanische Volk hat dazu wahrlich allen Grund:

Der 4. Fünfjahrplan, dessen Zielsetzungen von etlichen bürgerlichen und revisionistischen "Experten" belächelt worden waren, konnte auf seinen einzelnen Sektoren 5-8 Monate vorfristig erfüllt werden. Mehr als 200 neue moderne Betriebe und große Bauvorhaben wurden in diesen viereinhalb Jah-

ren ihrer Bestimmung übergeben, die durchgängige Elektrifizierung sämtlicher albanischer Dörfer bei weitem vorfristig vollzogen, den albanischen Werktätigen über 73.000 neue Wohnungen zur Verfügung gestellt, die obligatorische achtjährige Grundschule bis in den entlegensten Gebirgsweiler gewährleistet, sämtliche Steuern und Abgaben abgeschafft, der kostenlose staatliche Gesundheitsdienst auf die gesamte Bevölkerung ausgedehnt usw., usf.

Wenige Tage vor Eröffnung des VI. Parteitags wurden die ersten beiden Aggregate der mächtigen Hydrozentrale "Mao Tsetung" an der Drina im Zuge eines großen Volksfestes in Betrieb genommen (mit den anderen 3 vor der Fertigstellung stehenden Aggregate 250.000 KW Gesamtkapazität). Während des Parteitags traf die Nachricht ein, daß auf der in Bau befindlichen neuen Eisenbahnlinie Elbasan-Prenjas der erste Zug bereits vorfristig in Librazh eingetroffen ist. Ebenfalls während des Parteitags wurde in Tirana ein großes Rechenzentrum eröffnet, das modernsten Anforderungen der Computertechnik entspricht und ein riesiges Aufgabenprogramm bewältigen kann.

Die Kennziffern der albanischen Aufbauenerfolge der vergangenen Jahre sind oft fast unglaublich. So erzeugt die albanische Industrie heute in einer Woche mehr als in einem ganzen Jahr vor dem Krieg. Der Anteil der Industrie an der Gesamtproduktion, der 1938 nur 9,8 Prozent ausmachte, hat 1970 mehr als 60 Prozent erreicht. Gleichzeitig ist aber die landwirtschaftliche Produktion auf die dreifache Höhe des Jahres 1938 gestiegen. Während der abgeschlossenen vier Fünfjahrpläne wurden in Albanien etwa 350.000 Hektar Neuland gewonnen, dem Meer und den Bergen entrissen. Das sind um 60.000 Hektar mehr, als Albanien vor der Befreiung überhaupt an landwirtschaft-

lich nutzbarer Bodenfläche besaß! Man könnte die Aufzählung solcher und ähnlicher Beispiele lange fortsetzen.

Die grandiosen Erfolge und die dementsprechende Festtagsstimmung des albanischen Volkes kommen schon im Straßenbild zum Ausdruck. Die vielen tausenden Menschen, die zu Beginn und Ende der Parteitagsitzungen den weiten Skanderbeg-Platz vor dem großen Kulturpalast in Tirana füllen, um die Delegierten zu begrüßen, haben ihre Festtagskleidung angezogen, man sieht von Jahr zu Jahr höheren Standard, gute Stoffe und moderne Dessins. Die Qualität und das Sortiment der Waren in den Geschäften hat sich sprunghaft verbessert, die Nachfrage ist groß und kaufkräftig. Auf den Straßen und Plätzen sieht man allort Spruchbänder mit revolutionären Parolen, bunte Plakate, mit Girlanden geschmückte Bilder von Marx, Engels, Lenin und Stalin, Bilder Enver Hodschas und anderer prominenter Vertreter von Partei und Regierung, über ganz Albanien flattert ein Meer von roten Fahnen und abends erstrahlen die großteils ganz neuen Stadtviertel im Glanz unzähliger Lichter. Das Dunkel gehört endgültig der Vergangenheit an, die Armut von gestern hat einem neuen, schöneren und glücklicheren Leben Platz gemacht - trotz aller Angriffe und Anfeindungen, aller Sabotage- und Blockadeversuche der Imperialisten und Revisionisten. Niemals noch hatte ein Volk mehr Grund,

ter Aufmerksamkeit hören sie den von Genossen Enver Hodscha erstatteten Bericht über die Tätigkeit des ZK der PdA, unterbrechen ihn an den markantesten Stellen immer wieder mit stürmischem Applaus, der sich zeitweilig zu langanhaltenden Ovationen steigert.

Der Bericht des Genossen Enver Hodscha auf dem VI. Parteitag der PdA widerspiegelt in überzeugender Weise die immer konsequent revolutionäre, marxistisch-leninistische Linie der albanischen Partei, die glänzenden unter ihrer Führung erzielten Erfolge und umreißt in einprägsamer Form die entscheidenden Aufgaben für die nächste Entwicklungsetappe. Dieser Bericht ist ein bedeutendes programmatisches Dokument, ein kühnes Programm des weiteren sozialistischen Aufbaus in Albanien, darüber hinaus aber auch ein Konzentrat revolutionärer Erfahrung und Erkenntnis für alle Revolutionäre der Welt. Daher wird das aufmerksame Studium dieses Berichts nicht nur eine wichtige Aufgabe der Mitglieder der MLPÖ, sondern aller Kräfte unseres Landes sein, die sich als linksstehend und revolutionär betrachten.*

An der auf den Bericht folgenden, eine Menge interessanter Einblicke gebenden Diskussion nahmen 39 Redner teil. Sodann folgt der Bericht über die Direktiven zum 5. Fünfjahrplan (1971-1975), erstattet von Genossen Mehmet Shehu. Es ist sozu-

sagen der detaillierte Fahrplan des sozialistischen Aufbaus im neuen Jahrfünft, gespickt mit Zahlen und Fakten. Doch was Genosse Shehu hier vorträgt - sehr engagiert und temperamentvoll vorträgt - sind nicht trockene, leblose Zahlen, sondern imponierende, weitgesteckte Ziele, für deren Verwirklichung sich schon morgen viele Hunderttausende mit all ihrer Energie einsetzen werden und die wahrscheinlich noch rascher, als es der Plan vorsieht, lebensvolle Wirklichkeit sein werden.**

25 Redner nehmen in der Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt Stellung, dann muß die Diskussion wegen der schon fortgeschrittenen Zeit abgebrochen werden. Die Beiträge der 42 angemeldeten, aber nicht mehr zu Wort gekommenen Redner werden als Ergänzung zu den Materialien des Parteitags veröffentlicht werden.

Unzweifelhaft den Höhepunkt des Parteitages bilden die Wahlen in das neue Zentralkomitee der Partei, die Wahl der zentralen Kommissionen, der Mitglieder



GENOSSE ENVER HODSCHA BEGRÜSST DEN LEITER DER ÖSTERREICHISCHEN DELEGATION
ZUM VI. PARTEITAG DER PdA ALBANIENS

von Freude und Stolz erfüllt zu sein, als heute das albanische.

Am 1. November wird der für eine ganze Woche Dauer anberaumte VI. Parteitag der PdA eröffnet. Unter den Leitern einer Reihe von Delegationen der Bruderparteien, die eingeladen werden, im Präsidium des Parteitages Platz zu nehmen, befindet sich auch der Leiter der Delegation der MLPÖ. Im Saal sitzen 776 gewählte Delegierte der nun rund 86.000 Mitglieder zählenden albanischen Partei der Arbeit. Mit gespan-

* Ein ersten Teil des Berichts des Genossen Enver Hodscha hat die "Rote Fahne" in ihrer Nummer 131 veröffentlicht, ein weiterer sehr wichtiger Teil folgt in der Nummer 133. Zugleich ist eine Übersetzung der gesamten Rede in Druck.

** Auch über die Rede des Genossen Mehmet Shehu bzw. über die großen Aufgaben und Ziele des 5. albanischen Fünfjahrplans ist ein besonderer Bericht in Vorbereitung, der in absehbarer Zeit in der "Roten Fahne" erscheinen wird.

des Politischen Büros, der Sekretäre und vor allem des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees. Wie schon bei früheren albanischen Parteitag erfolgt die Abstimmung geheim und ist auch die Möglichkeit von Streichungen von Kandidaten bzw. der Nominierung anderer Kandidaten vorhanden. Umso eindrucksvoller verläuft danach der Bericht über die Ergebnisse der Stimmzählung. Name für Name wird in alphabetischer Reihenfolge genannt und nach jedem einzelnen Namen folgt als Ergebnis: "tschin pertschint!" - hundert Prozent! Alle vorgeschlagenen Kandidaten wurden in voller Einmütigkeit gewählt, ebenso einstimmig die Berichte der Genossen Enver Hod-

scha und Mehmet Shehu sowie alle vorliegenden Beschlüsse und Resolutionsentwürfe des Parteitags gebilligt. Es ist eine mitreißende Demonstration lückenloser, unzerbrechlicher Einheit der PdA und ihrer stählernen Geschlossenheit um das Zentralkomitee unter Führung Enver Hodschas. Die Wiederwahl Enver Hodschas selbst löst einen unbeschreiblichen, nicht endenwollenden Orkan der Begeisterung aus. Die immer aufs neue anschwellenden Wellen der Ovationen greifen nach Abschluß des Parteitags auf den dicht mit Menschenmassen gefüllten Skanderbeg-Platz über und finden weit über das ganze Land ihre Fortsetzung.

Kundgebung des proletarischen Internationalismus

Der VI. Parteitag der PdA war nicht nur ein historisches Ereignis für Albanien, nicht nur Meilenstein und Wegweiser seiner triumphalen sozialistischen Entwicklung. Er war zugleich eine machtvolle Kundgebung des proletarischen Internationalismus, der Fortschritte der ganzen revolutionären Weltbewegung, des Wachstums und der Konsolidierung der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen in allen Kontinenten, der Verstärkung und Vertiefung ihrer internationalen Zusammenarbeit und Verbrüderung.

Das fand schon in der Tatsache Ausdruck, daß marxistisch-leninistische Parteien und Organisationen aus 26 Ländern durch Delegationen am Parteitag vertreten waren und Dutzende weitere Parteien herzliche Botschaften der Begrüßung und der internationalen Solidarität gesandt hatten. Aus allen Erdteilen waren Delegationen gekommen - aus Asien, Afrika, Australien, Lateinamerika und natürlich aus einer Vielzahl europäischer Länder, unter ihnen auch Vertreter solcher marxistisch-leninistischer Parteien, die in ihren Ländern illegal arbeiten und kämpfen müssen, weil dort der Faschismus oder der Revisionismus herrscht. Im einzelnen waren vertreten (in alphabetischer Reihenfolge der Ländernamen):

KP Australiens (ML), Leitung: E.F. Hill, Vorsitzender der Partei;
Vanguardia Kommunistica, Argentinien;
KP (ML) Belgiens, Leitung: E. Lefever, Sekretär des ZK der Partei;
KP Brasiliens;
KP Britanniens (ML), Leitung: Reg Birch, Vorsitzender der Partei;
KP Ceylons, Leitung: M. Shaffie, Mitglied des Politbüros der Partei;
Revolutionäre KP Chiles, Leitung: E. Gonzales, Mitglied des Sekretariats der Partei;
Kommunistische Liga Dänemarks (ML), Leitung: B. Scocozza, Vorsitzender der Liga;
KP Deutschlands (ML), Leitung: E. Aust, Mitglied des ZK der Partei;
KP Ecuadors, Leitung: A. Haramillo, Mitglied des Politbüros der Partei;
KP (ML) Frankreichs, Leitung: Jaques Ferre, Mitglied des Politbüros der Partei;
KP Indonesiens, Leitung: Jussuf Adjitorop, Mitglied des Politbüros der Partei;
KP Italiens (ML), Leitung: Fosco Dinuzzi, Generalsekretär der Partei;
KP Japans (Linke Richtung), Leitung: T. Anasako, Mitglied des Politbüros der Partei;

KP Malayas;
KP Neuseelands, Leitung: G.V. Wilcox, Generalsekretär der Partei;
MLP der Niederlande, Leitung: K. Petersen, Sekretär der Partei;
ZK der ML-Gruppen Norwegens, Leiter: S. Aljern, Vorsitzender des ZK;
MLP Österreichs, Leitung: F. Strobl, Erster Sekretär des ZK der Partei;
KP Perus, Leitung: R. Kaline, Mitglied des Politbüros der Partei;
KP Polens, Leitung: Kasimir Mijal, Generalsekretär der Partei;
Kommunistische Liga Schwedens, Leitung: K. Lundgren, Sekretär der Liga;
KP Spaniens (ML), Leitung: R. Marko, Mitglied des Sekretariats der Partei;
KP des Sudan (Revolutionäre Richtung), Leitung: Xhabir, Mitglied des Sekretariats der Partei;
Partei der Werktätigen Vietnams, Leitung: Nguyen Van Tranh, Sekretär des ZK der Partei;
Nationale Befreiungsfront Südvietsnams, Leitung: Nguyen Van Hieu, Mitglied des Präsidiums des ZK der Befreiungsfront.

Stürmischen Beifall ernteten die auf dem Parteitag verlesenen herzlichen Grußbotschaften der folgenden Parteien:

Kommunistische Partei Chinas,
Kommunistische Partei Burmas,
Kommunistische Partei Thailands,
Volkspartei von Laos,
Arbeiterpartei Koreas.

Unter der großen Zahl von weiteren Grußbotschaften an den VI. Parteitag der PdA wurden ferner zur Kenntnis gebracht die Botschaften der

Organisation der Kommunisten der Schweiz,
Organisation der ML des Iran (Toufan),
Vereinigung der ML Finnlands,
Marxisten-Leninisten Uruguays,
KP des Irak,
KP von Honduras,
ML-Gruppen der Dominikanischen Republik,
Gottwald-Kommunisten der Tschechoslowakei,
Malgassischen KP,
Partei der Arbeit des Kongo,
Partei der Arbeiter von Haiti,
Marxisten-Leninisten von San Marino.

Alle anwesenden Delegationen der Bruderparteien fanden Gelegenheit, auf dem VI. Parteitag das Wort

zu ergreifen. Ihre Ansprachen führten immer wieder zu herzlichen Szenen internationaler Verbrüderung, die insbesondere bei den Reden der Vertreter der Partei der Werktätigen Vietnams, der Nationalen Befreiungsfront Südvietsnams, der KP Neuseelands, der KP Polens, der KP(ML) Italiens, der Revolutionären KP Chiles und anderer ihren Höhepunkt erreichten.

Die außerordentliche Bedeutung, welche die PdA der Beteiligung so vieler marxistisch-leninistischer Bruderparteien an ihrem Parteitag beimaß, äußerte sich in vielen Formen. Insbesondere sprach Genosse Enver Hodscha beim Empfang für die Delegierten der Bruderparteien im Gebäude des Zentralkomitees der PdA mit großem Nachdruck über die fundamentale Bedeutung des proletarischen Internationalismus und die Notwendigkeit seiner ständigen Festigung und Vertiefung. Wir alle brauchen den proletarischen Internationalismus wie die Luft zum Leben, sagte er und drückte damit die Gefühle aller Marxisten-Leninisten aus, die sich hier aus den verschiedensten Ländern der Erde zusammengefunden hatten. In der albanischen Presse, in Radio und Fernsehen nahm die Berichterstattung über das Besichtigungsprogramm der ausländischen Delegationen, über ihre Reden auf dem Parteitag, über Gespräche und Diskussionen mit ihnen, einen wichtigen Platz ein. In technischer Beziehung war umfangreiche Vorsorge getroffen, durch Simultanübersetzungen in alle Weltsprachen und durch ein qualifiziertes Team von Dolmetschern, die jederzeit zur Verfügung standen, die Möglichkeit zu geben, den Beratungen des Parteitags genau zu folgen. Eine besondere Leistung war es, daß den ausländischen Delegierten die grundlegenden Materialien des Parteitags, die Berichte der Genossen Hodscha und Shehu, noch während dessen Verlaufs in Ad-hoc-Übersetzungen, darunter auch in deutscher Sprache, zur Verfügung gestellt werden konnten.

Die revolutionäre internationalistische Atmosphäre des Parteitags sowie die sich bietenden ausgezeichneten technischen Möglichkeiten bildeten eine ideale Basis für freundschaftliche Kontakte der diversen Delegationen untereinander, für den Austausch von Informationen und Erfahrungen, für

die Verbesserung und Intensivierung ihrer Zusammenarbeit. Die Delegation der MLPÖ hat diese gute Gelegenheit in großem Umfang genutzt. Zweifellos wird das reiche Informations- und Erfahrungsmaterial, das in oft bis in die späten Nachstunden ausgedehnten Aussprachen gewonnen wurde, eine wertvolle Hilfe für die Arbeit der MLPÖ in der kommenden Periode sein.

Die Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Gründung der PdA, in deren Rahmen schon vor und während des VI. Parteitags viele massenhaft besuchte Veranstaltungen stattgefunden hatten, gipfelten am 8. November 1971 in einer Kundgebung von mehr als 100.000 Menschen im Zentrum von Tirana. Die Vertreter der ausländischen Parteien auf dem VI. Parteitag der PdA wurden eingeladen, für jeden Kontinent aus ihrer Mitte einen Genossen zu wählen, der in ihrem Namen das Wort an die Teilnehmer der Kundgebung richten sollte. Einmütig einigte man sich auf die folgenden Genossen:

Nguyen Van Tranh, Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Werktätigen Vietnams;

Jussuf Adjitorop, Mitglied des Politbüros der KP Indonesiens;

Fosco Dinuzzi, Generalsekretär der KP Italiens (ML);

G. V. Wilcox, Vorsitzender der KP Neuseelands;

N. Xhabir, Mitglied des Sekretariats der KP des Sudan (Revolutionäre Richtung), und den

Leiter der Delegation der KP Brasiliens.

In den letzten Tagen ihres Aufenthaltes stattete die Delegation der MLPÖ dem großen Partisanenfriedhof in Tirana einen Besuch ab und legte dort einen Kranz zum Gedenken an die Märtyrer nieder, die im langen und schweren Kampf für ein neues, freies und glückliches Albanien ihr Leben gegeben haben. Ihr hohes Opfer war nicht vergeblich - nirgendwo sonst könnte man das mit mehr Berechtigung sagen.

*

Begrüßungsrede des Leiters der MLPÖ- Delegation an den VI. Parteitag der PdA Albanien

Liebe albanische Genossen!

Es ist uns, den österreichischen Marxisten-Leninisten, eine große Ehre und Auszeichnung, mit einer Delegation an den Sitzungen Eures VI. Parteitags und an den Feierlichkeiten anlässlich des 30. Gründungstags Eurer ruhmreichen Partei teilnehmen zu können. Habt Dank für diese hohe Wertschätzung des proletarischen Internationalismus und der noch bescheidenen Leistungen unserer jungen Partei!

Das Zentralkomitee unserer Partei aber hat uns vor allem beauftragt, für das große Beispiel zu danken, welches Albanien allen Völkern, allen revolutionären Kräften, allen Marxisten-Leninisten der Welt gab und gibt!

Das albanische Volk blickt auf eine Heldengeschichte besonderer Art zurück, auf eine einzigartige Tradition unbeugsamen Kampfes. Die Heldentaten der Albaner im



GENOSSE ENVER HODSCHA IM HERZLICHEN GESPRÄCH MIT ALTEN PARTISANEN

jahrhundertelangen Befreiungskampf gegen die türkischen Eroberer ebenso wie ihr todesmutiger Kampf gegen die Übermacht der italienischen und deutschen Faschisten sind in der ganzen Welt berühmt. Aber erst Anfang der Sechzigerjahre, als das kleine Albanien unter Führung seiner marxistisch-leninistischen Partei mit Genossen Enver Hodscha an der Spitze seine Stimme gegen den revisionistischen Verrat der Moskauer Führer erhob, begann es sich einen ganz besonderen Platz in den Herzen aller wahren Kommunisten, aller echten Revolutionäre zu erobern:

Das war die Stimme, die klar und offen aussprach, was alle Marxisten-Leninisten immer deutlicher fühlten, eine Stimme, die ihnen aus dem Herzen sprach. Das war ein aufrüttelndes Signal, das die Revolutionäre auch unseres Landes ermahnte, die von den modernen Revisionisten in den Staub getretenen Fahnen der proletarischen Revolution, des proletarischen Internationalismus, des Marxismus-Leninismus wieder zu erheben.

Heute ist klar, daß die prinzipienfesten Stellungnahmen der albanischen Genossen, insbesondere die Rede des Genossen Enver Hodscha auf der Moskauer Konferenz von 1960, eine historische Periode eingeleitet haben, die mit der vollständigen und schimpflichen Niederlage des modernen Revisionismus enden wird!

Auch in Österreich ist seither eine marxistisch-leninistische Partei entstanden, die einen zähen Kampf gegen den Revisionismus führt und dabei insbesondere aus dem Beispiel der albanischen Partei der Arbeit lernt.

Nicht wenige Österreicher hatten in den letzten Jahren auch Gelegenheit, sich persönlich von den immer eindrucksvolleren Erfolgen im sozialistischen Aufbau Albaniens zu überzeugen. Im konkreten Anschauungsunterricht erlebten sie, wie hier ein vom Marxismus-Leninismus beflügeltes Volk die große Aufgabe der Verwirklichung des Sozialismus, der konsequenten Weiterführung der proletarischen Revolution und des Vormarsches an die Schwelle des Kommunismus mit einer Entschlossenheit und in einem Tempo löst, das höchste Bewunderung abfordert.

Vor allem hat uns Albanien in der Praxis gezeigt, wie man das ent-



MIT DEN EINFACHSTEN MITTELEN, IN STRENGSTER ILLEGALITÄT, STELLTEN DIE ALBANISCHEN REVOLUTIONÄRE DIE FLUGBLÄTTER UND ZEITUNGEN HER, DIE DAS GANZE ARBEITENDE VOLK ZUM KAMPF FÜR NATIONALE BEFREIUNG UND FÜR DIE PROLETARISCHE REVOLUTION AUFRIEFEN UND MOBILISIERTEN

scheidende Problem des Kampfes gegen die Quellen und Keime der revisionistischen Entartung erfolgreich meistern kann - ein Problem, das in seiner Tragweite lange nicht erkannt war und an dem viele große Parteien der III. Internationale gescheitert und zerbrochen sind. Hier hat sich gerade das kleine Albanien den Ehrentitel eines Pioniers der Weltrevolution, eines weit vorgeschobenen Bollwerks des in lebendige Praxis umgesetzten schöpferischen Marxismus-Leninismus erworben.

Mit Bewunderung und Begeisterung beglückwünschen wir das albanische Volk, seine Partei und ihr Zentralkomitee unter der genialen Führung des Genossen Enver Hodscha zu dieser ehrenvollen Rolle. Vor allem aber müssen wir uns selbst zu den welthistorischen Leistungen und Erfolgen der albanischen Genossen gratulieren, denn sie sind eine unschätzbare internationalistische Hilfe für alle Völker, für alle Revolutionäre der Welt. Das sind gewaltige Beiträge zur Sache der Weltrevolution, vernichtende Schläge gegen die internationale Reaktion, die uns heute in zweifacher Gestalt gegenübertritt.

Das Weltproletariat, alle freiheitsliebenden Völker und Kräfte der Welt führen heute einen weltweiten Zweifrontenkampf gegen den Weltimperialismus unter Führung der USA und gegen den modernen Revisionismus unter Führung der neuen Zaren im

Kreml. Zu untersuchen, welcher dieser beiden Erzfeinde der Freiheit, des Friedens und des Fortschritts der Völker die größere Gefahr darstelle, würde an den alten Streit der kirchlichen Scholastiker erinnern, ob der blaue oder der grüne Teufel der schlimmere sei. Man muß beide schlagen, sonst wird es keine dauerhaften Erfolge geben!

Wir haben in diesem im Geiste des proletarischen Internationalismus und im hellen Licht des Marxismus-Leninismus geführten Kampf glänzende Möglichkeiten und strahlende Vorbilder. Wir haben im besonderen das wunderbare Vorbild Albaniens.

Das sozialistische Albanien - das ist in unseren Augen heute ein Leuchtturm, der den Revolutionären in aller Welt die richtige Orientierung erleichtert, ihnen den Weg beleuchtet und das Herz erwärmt.

Wir schätzen uns glücklich, ein so begeisterndes Beispiel einer marxistisch-leninistischen Partei wie das der PdA Albaniens vor Augen zu haben und eine so überzeugende Lehrmeisterin der Theorie und Praxis des Kommunismus an unserer Seite zu wissen.

Es lebe die ruhmreiche PdA Albaniens mit Genossen Enver Hodscha an der Spitze!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Vom Kampf für die Sicherung der „ROTEN FAHNE“

"Ich lese Ihre mutige und kompromißlose Zeitung nun schon seit 4 Jahren und möchte sie nicht mehr missen. Die 'Rote Fahne' darf nicht seltener, sondern sie muß häufiger erscheinen. Als kleinen Beitrag in dieser Richtung werde ich bis auf Weiteres eine monatliche Notfondsspende von S 100,- überweisen."

A. H.

"Als kleiner Angestellter (Alleinverdiener, 3 Kinder) kann ich Euch finanziell nicht viel helfen, aber nach jeder Zeitung, die Ihr mir sendet, werde ich einen kleinen Beitrag für die nächste Nummer schicken, auch wenn es manchmal nur einige zusätzliche Briefmarken sind."

K. O.

"Für vorläufig ein Jahr werde ich Euch jeden Monat S 100,- von meiner Rente schicken."

F. P.

DAS „ROTE FAHNE“-LIED *

Genossen, wir sind nie allein,
Leninisten solln die Massen führen.
Wir wolln Helfer, Kämpfer, Führer sein,
das muß jeder Unterdrückte spüren.
Mancher stiehlt, und mancher greift zum Strick -
immer, überall, auf alle Fälle:
Greife ein, Genosse Bolschewik,
im Betrieb und auf der Stempelstelle!

Hast Du Deine Waffe schon erkannt?
Halte hoch im Kampf die rote Fahne!
Trag sie täglich über Stadt und Land,
Deine scharfe Waffe: "Rote Fahne"!

Proletarier nehmen nichts in Kauf,
schreiben alles in der "Fahne" nieder.
Proletarier lesen's, horchen auf,
denn die "Fahne" gibt die Wahrheit wieder.
Mancher hat darüber nachgedacht,
er wird fordern, wird um Freiheit ringen;
er wird kämpfen für des Volkes Macht,
wird mit uns den Klassenfeind bezwingen!

Hast Du Deine Waffe schon erkannt?
Halte hoch im Kampf die rote Fahne!
Trag sie täglich über Stadt und Land,
Deine scharfe Waffe: "Rote Fahne"!

Schwielige Hände schreiben selbst den Text,
ihrer Zeitung Fleisch und Blut zu geben.
Aus den Zeilen, aus den Spalten wächst,
ihre Antwort auf das harte Leben.
Arbeiter und Bauern spüren ihre Kraft,
sie marschieren unter roten Fahnen,
für den Tag, der ihnen Freiheit schafft,
in breiter Front den Weg zu bahnen!

Hast Du Deine Waffe schon erkannt?
Halte hoch im Kampf die rote Fahne!
Trag sie täglich über Stadt und Land,
Deine scharfe Waffe: "Rote Fahne"!

"Ich habe mich ehrlich gefreut, als ich heute die 'Rote Fahne' im Briefkasten fand. Ihr habt Euch nicht unterkriegen lassen - trotz aller Schwierigkeiten. Man sieht wieder einmal, daß der, der keine Opfer scheut, alle Hindernisse bezwingen kann. Die österreichischen Arbeiter und Bauern werden mit der Roten Fahne in der Hand (mit der zum Tragen und mit der zum Lesen) den Kapitalismus zerschlagen und den sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat errichten - daran gibt es keinen Zweifel.

Ihr schreibt in der neuen Nummer der 'Roten Fahne' (131), daß die weitere finanzielle Unterstützung der RF lebensnotwendig ist. Nun, so weit ich kann, werde ich mich hier beteiligen. Da dieser Beitrag jedoch nicht sehr groß ist, möchte ich Euch in anderen Formen unterstützen. Hier sende ich Euch den Text des 'Rote-Fahne'-Liedes.

Ich möchte Euch an die Worte des verstorbenen Genossen Karl Krail erinnern: 'Laßt nur nicht locker, Genossen!'

Ch. G.

"Habe heute S 1.000,- an den RF-Notfonds überwiesen und ersuche um gelegentliche Bestätigung des ordnungsgemäßen Empfangs."

G. F.

"Ich habe erfahren, daß Ihr Schwierigkeiten bei der Herausgabe der 'Roten Fahne' habt. Teilt mir doch bitte mit, auf welches Konto man Spenden für die 'Rote Fahne' einzahlen kann. Ich hoffe und wünsche, daß Ihr auch weiterhin die Zeitung herausgeben könnt."

F. R.

(Antwort der RF: Postscheck-Konto 173.848, lautend auf "Rote Fahne" 1150 Wien)

"Also gleich nach dem 1. Dezember komme ich mit Geld..."

R. W.

"Ich arbeite schon lange in der Offsetmaschinen-Branche und könnte Euch vielleicht diverse Materialien und Ersatzteile billiger besorgen. Wenn Ihr wollt, könnte ich Euch auch bei der Pflege und Wartung der Maschine, notfalls bei einigen Reparaturen, kostenlos helfen..."

N. R.

"Ich habe von Eurer schwierigen materiellen Lage mit Bedauern gelesen. Ich erlaube mir deshalb, Euch fürs erste eine kleine Spende für den RF-Notfonds zu überreichen."

K. H.

"Sendet mir 10-15 Erlagscheine..."

H. L.

* Das "Rote-Fahne"-Lied entstand 1932 in der Berliner Agitprop-Truppe "Rotes Sprachrohr" als Antwort auf die häufigen Verbote der Arbeiterpresse durch den Staatsapparat. Das Lied erklang auch auf Demonstrationen und erschien auf einer der letzten Schallplatten, die das Versandhaus der KPD, "Arbeiter-Kult", noch vor dem Faschismus produzieren konnte. Das "Rote Sprachrohr" war die bedeutendste Arbeiter-Spieltruppe der KPD. (Da wir das Lied nicht als historisches Schaustück, sondern im praktischen Kampf der Gegenwart verwenden wollen, haben wir es geringfügig abgeändert.)

"...und kann ich Euch mitteilen, daß ich unter meinen Arbeitskollegen jetzt vier Abonnenten für die RF geworben habe und daß alle vier für das Abo freiwillig S 50,- statt S 35,- bezahlten..."

W. St.

"Ich hoffe, daß Ihr inzwischen die Spende von S 850,- erhalten habt. Der Betrag stammt übrigens nicht von mir allein, sondern ist Teil einer Sammlung der Genossen aus M."

G. B.

"Die S 1.200,-, die wir Euch geliehen haben, braucht Ihr nicht zurückzugeben. Buht sie als unsere Spende."

F. Sch.

MARXISTISCH-LENINISTISCHE ORGANISATIONEN WESTDEUTSCHLANDS ÜBEN PRAKTISCHE SOLIDARITÄT MIT DER "ROTEN FAHNE"

"Mit Sorge haben wir von den Schwierigkeiten gehört, die Euch hindern, Eure revolutionäre Propaganda in der gewohnten Stetigkeit voranzutreiben. Wir sind der Meinung, Österreich braucht die 'Rote Fahne' und halten es deshalb für unsere internationalistische Pflicht, Euch bei Eurer Arbeit nach unserem Vermögen zur Seite zu stehen. Die Klassenkampfbedingungen sind in jedem Land je nach dem Stand der Klasseneinandersetzungen, der Siege oder Niederlagen, dem Anschwellen oder Abebben der kommunistischen und Arbeiterbewegung unterschiedlich und wir würden lokalborniert und sektiererisch handeln, wenn wir nur unsere, augenblicklich relativ günstigen Bedingungen im Auge hätten und nicht die Schwierigkeiten in anderen Ländern sähen; wenn wir nur unser Vor-

Das Entgegenkommen des Verlags GUOZI SHUDIAN ermöglicht es uns, einem wechselnden Teil unserer Inlands-Abonnenten fallweise eine Probenummer der Illustrierten CHINA IM BILD mitzusenden. Jene unserer Leser, welche diese Illustrierte bereits abonniert haben, ersuchen wir, eine solche ihnen außer-tourlich zugehende Nummer als Werbeexemplar weiterzugeben. Die anderen aber erinnern wir daran, daß ein Jahresabonnement von CHINA IM BILD lediglich S 50,- kostet (S 75,- für 2 Jahre, S 100,- für 3 Jahre) und Bestellungen an unsere Abonnementsvermittlung 1150 Wien, Postfach 82 oder direkt an GUOZI SHUDIAN, Peking, China, P.O.Box 399, gerichtet werden können.

ankommen bedächten und nicht die Fortschritte der Weltbewegung uns zum Anliegen machten."

T. W.

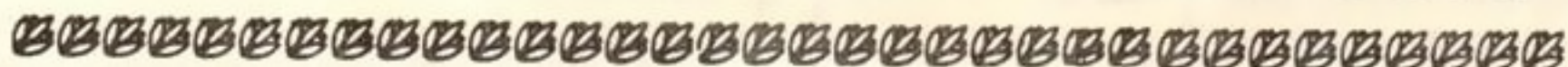
"Die 'Rote Fahne' ist die ideologische Richtschnur für den Kampf der österreichischen Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Partei, der MLPÖ. Sie ist das Sprachrohr der Volksinteressen und muß als solches erhalten bleiben. Deshalb halten wir es für unsere revolutionäre Pflicht, den Kampf der österreichischen Arbeiterklasse durch unsere Hilfe zu unterstützen. Wir hoffen, daß unserer Spende weitere folgen werden und somit ein Beitrag zum regelmäßigen Erscheinen der 'Roten Fahne' geleistet wird. Außerdem bitten wir Euch, uns regelmäßig 20 Exemplare der RF im Abonnement zu schicken."

F. E.

"Wir erweitern hiemit unsere Abonnements der 'Roten Fahne' für das Jahr 1972 auf je 50 Stück."

R. H.

VOLKSCHINA IN DER UNO



ZU EINIGEN KOMMENTAREN IN DER BÜRGERLICHEN PRESSE

"Seit langem hatte man im Plenarsaal der Vereinten Nationen nicht mehr in so hochtönenden Worten von 'historischen Tagen' und 'historischen Beschlüssen' gesprochen wie an diesem langen Montag, an dem sich die Delegierten in nicht endender Folge zum Rednerpult drängten, um die erstmals in der Versammlung anwesenden Delegierten Pekings zu begrüßen. Aus all den Lobsprüchen und Elogen, mit denen die Volksrepublik China heute bedacht wurde, hätte ein naiver Zuhörer schließen müssen, daß die überwältigende Mehrheit der Mitgliedsstaaten von jeher nichts anderes gewünscht habe, als einem seit über zwanzig Jahren andauernden himmelschreienden Unrecht ein Ende zu machen..."

('NEUE ZÜRCHER ZEITUNG' vom 17.11.1971)

"Fünfeinhalb Stunden dauerten die Willkommensreden, die von nicht weniger als 56 Delegierten in der blau-goldenen Halle der Vollversammlung gehalten wurden, nachdem die Chinesen ihren Platz eingenommen hatten. Erst waren es nur eine Handvoll von Vertretern der sogenannten Dritten Welt, die sich zu Wort meldeten, aber nach und nach begriffen auch die anderen, daß man nicht schäbig abseits stehen könne. Die Sowjetunion und die USA gehörten zu den letzten, die sich in die Liste der Willkommensredner eintragen ließen..."

('PRESSE' vom 17.11.1971)

"Rotchinas Einstandsrede bei der UNO war alles andere als die erwartete Dankadresse an jene Länder, die für die

Aufnahme Pekings in die Vereinten Nationen gestimmt hatten. Schon der erste Vertreter Maos, der das Rednerpult des UN-Hauptquartiers betrat, hielt ein Strafgericht über 'Imperialisten und Revanchisten', vor allem aber über die 'tyrannisierenden Supermächte' Amerika und Sowjetunion."

('KURIER' vom 17.11.1971)

"...hatte man vielfach eine eher behutsame Jungfernrede der Rotchinesen in den UN erwartet. Zu hören aber war grundsätzlicher Wortdonner, der dem politischen Gewicht eines Volkes von 700 Millionen möglicherweise entsprach... In einen leicht aufgeputschten Plenarsaal schleuderte der Delegierte aus China das weltpolitische Glaubensbekenntnis Pekings. Da war



STELLVERTRETENDER AUSSENMINISTER DER VR CHINA, GENOSSE TSCHIAO KUAN-HUA, BEI SEINER ANKUNFT IN NEW YORK (11.11.)



DIE UNO-DELEGATION DER VOLKSREPUBLIK CHINA AUF DER TAGUNG DER UNO-VOLLVERSAMMLUNG AM 15.11.1971

kein Hauch von Reserviertheit und Toleranz, die einen distinguierten Gast beim erstmaligen Betreten eines Hauses auszeichnen sollte."

("PRESSE" , Glosse vom 17.11.1971)

★

"Wir sind ein Teil der Dritten Welt' war das Programm, das Tschieao, der Delegationschef der chinesischen Delegation, in seiner ersten Rede in der UNO Montag spätabend verkündete... Seine Rede war eine Kampfansage gegen beide Supermächte Amerikaner und Russen."

("ARBEITER-ZEITUNG" vom 17.11.1971)

★

"Rotchina bleibt hart... Als moralischer Sprecher des unterentwickelten Dorfes gegen die Herrschaft der städtischen Supermächte trat Peking nun vor der UNO auf, als Supermacht, die sich weigert, Supermacht zu sein, die nur den großen Graben zwischen den Reichen und den Armen sieht... Chinas künftige Rolle in der UNO wurde dadurch klar abgesteckt."

("KRONEN-ZEITUNG" vom 17.11.1971)

★

"Volle 24 Stunden nach der Rede Tschieaos... ließ sich die amerikanische Delegation am Dienstagabend mit einer ausgesprochen negativen Stellungnahme Botschafter Bushs vernehmen. Die Eröffnungsansprache des Vertreters der Volksrepublik China bedeute, so hieß es darin, eine Enttäuschung..."

("NEUE ZÜRCHER ZEITUNG" vom 19.11.1971)

★

"Die Rede, die Pekings Vertreter, der Stellvertretende Außenminister Tschieao Kuan-hua hielt, wird

den USA noch lange in den Ohren gellen. Sie hielt sich an die harte ideologische Linie jenes Peking, das der Westen so lange als Anführer einer neuen Art von Weltrevolution gefürchtet und das die Sowjetunion wegen seiner ideologischen Häresie nicht geschätzt hatte. Tschieao forderte den totalen Abzug der amerikanischen Kräfte von ganz Indochi-

na, aus Südkorea und von Taiwan und der Straße von Formosa. 'Wenn das die Musik ist, die man Nixon bei seinem Besuch in Peking in die Ohren blasen wird, dann gnade uns Gott', stellte ein westlicher Beobachter fest."

(Korrespondentenbericht der "PRESSE" aus Washington vom 17.11.1971)

Eine Reihe von außenpolitischen Schritten der Volksrepublik China, vor allem die Einladung des Häuptlings der US-Imperialisten, Nixon, nach Peking, sowie Chinas Entschluß, sein Recht auf Aufnahme in die UNO nun mit aller Entschiedenheit durchzusetzen, haben eine Anzahl von bürgerlichen Politikern und Kommentatoren zeitweilig geradezu in euphorische Stimmung versetzt. Offensichtlich - so wie das Huhn vom Hirse träumt - verliebten sie sich in den Gedanken, vielleicht werde nun auch das revolutionäre China den sowjetischen Weg der Kollaboration mit den Imperialisten gehen, sich in die "zivilisierte", das heißt in die kapitalistische Welt einordnen, sich dem Westen anpassen, Wasser in seinen revolutionären Wein schütten usw. - mit einem Wort, revisionistisch werden, den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus zugunsten egoistischer Interessen über Bord werfen. Bis zu einem gewissen Grad hat diese Spekulation - neben der Angst, im Wettrennen um den Chinahandel von den anderen überrundet zu werden - einigen erzreaktionären Regierungen geholfen, die Politik des diplomatischen Boy-

kotts Volkschinas durch eine Politik mehr oder minder normaler diplomatischer und ökonomischer Beziehungen zu ersetzen. Überheblich, wie diese Herrschaften nun schon sind, weigern sie sich aber zu begreifen oder gar zuzugeben, daß ihr elastischeres Verhältnis zu Volkschina durch die Realitäten des Lebens erzungen wurde. Sie tun vielmehr so, als ob ihre Wendung die Bekundung irgendeines Wohlwollens, eine freiwillige Freundschaftsgeste, eine Art von milder Gabe sei, die von der Regierung der Volksrepublik China selbstverständlich gebührend honoriert werden müßte. Solcherart kam der "Kurier" zu seiner hirnrissigen Vorstellung, China werde eine mit Zugeständnissen und Sittsamkeitsversprechungen angereicherte "Dankadresse" jenen Regierungen zu Füßen legen, die geruht hatten, den Vertretern eines Viertels der Menschheit nach mehr als zwei Jahrzehnten endlich den ihr zustehenden Platz in der sogenannten "Weltorganisation der Völker" einzuräumen. Und so kam auch die lächerliche Vision der "Presse" zustande, wie ein devoter, angesichts des wohlwollenden Empfangs zu Tränen gerührter Chinese ehr-

fürchtig die goldene Halle der UN-Vollversammlung betritt und sich errötend für die Güte bedankt, ihn überhaupt hereingelassen zu haben.

Natürlich kam es ganz anders, als diese Tröpfe dachten und hofften. Volkschina hat keine Ursache, die Aufnahme in die UNO als großzügiges Geschenk zu betrachten, das zu ewiger Dankbarkeit verpflichte, sondern es hat sich jetzt selbst ein Recht verschafft, das ihm fast ein Vierteljahrhundert hindurch in unverschämtester Weise vorenthalten worden war. Nicht die "Güte" der alten imperialistischen Räuber, sondern die Kraft und Stärke des neuen, revolutionären China hat den jahrzehntelangen Rechtsbruch beseitigt.

Das 750-Millionen-Volk der Chinesen betritt das UNO-Gebäude nicht über die Dienstbotenstiege, sondern über den Herrschaftsaufgang, auf dem die Herrschaften nun nicht mehr unter sich sein werden!

Und daß der Vertreter dieses großen revolutionären Volkes gleich in seiner ersten Rede ein glühendes Bekenntnis zu den Grundsätzen der Politik des proletarischen Internationalismus und des Kampfes für nationale und soziale Befreiung abgab, mag die Reaktionäre aller Schattierungen ärgern und enttäuschen - den für Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völkern, den gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfenden Klassen, allen wirklich fortschrittlichen Menschen der Welt bringt die Verkün-

dung solcher Grundsätze tiefe Genugtuung, erweckt ihren uneingeschränkten Beifall und findet ihre massive Unterstützung.

Das prinzipienfeste Programm der Politik Volkschinas in der UNO, das der Stellvertretende Außenminister der VR China am 15. November 1971 dargelegt hat, stärkt und festigt die Erwartung und Überzeugung der Millionenmassen der arbeitenden Menschen in aller Welt, daß die durchsichtigen Rechnungen der Imperialisten niemals aufgehen werden, daß das sozialistische China niemals jenen Weg des Opportunismus und Revisionismus gehen wird, der die Sowjetunion und viele andere ehemals sozialistische Länder in Brutstätten der Degeneration und Fäulnis verwandelt hat.

F. St.

Rede des Delegationsleiters der Volksrepublik China auf der UNO-Vollversammlung

Wir veröffentlichen im Folgenden den Hauptteil der Antrittsrede des Vertreters der Volksrepublik China bei der UNO, des Stellvertretenden Außenministers der VR China Tschiao Kuan-hua, am 15. November 1971. Der einleitende Teil, der sich vor allem mit der 22-jährigen Sabotage der Aufnahme Volkschinas in die UNO durch die USA und ihre Kreaturen, mit der faulen Theorie der "zwei China" und mit der Frage Taiwan beschäftigt, kann in der "Peking Rundschau" 47/1971 nachgelesen werden, die wir auf Wunsch gerne zusenden (gegen Voreinsendung der Briefmarken).

Herr Präsident, meine Herren Delegierten!

Das lange Zeit hindurch der Aggression und Unterdrückung seitens des Imperialismus ausgesetzte chinesische Volk tritt stets gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus auf und unterstützt alle unterdrückten Völker und unterjochten Nationen in deren gerechtem Kampf um Freiheit und Befreiung, gegen Intervention von außen, für die Beherrschung der eigenen Geschicke. Dieser Standpunkt der chinesischen Regierung und des chinesischen Volkes entspricht den Grundinteressen der Völker der Welt wie auch dem Geist der UNO-Charta.

Die USA-Regierung geht mit bewaffneter Aggression gegen Vietnam, Kambodscha und Laos vor und tritt die territoriale Integrität und Souveränität dieser drei Länder mit Füßen. Dies hat die Spannung im Fernen Osten verschärft und bei den Völkern der ganzen Welt, einschließlich des amerikanischen Volkes, heftige

Opposition ausgelöst. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk unterstützen entschieden die drei Völker Indochinas in deren Widerstandskrieg gegen die USA-Aggression zur Rettung des Vaterlands; sie unterstützen entschieden die Gemeinsame Erklärung der Gipfelkonferenz der Völker Indochinas und die Sieben-Punkte-Friedensinitiative der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietsnam. Die USA-Regierung muß sofort, bedingungslos und restlos alle Streitkräfte der USA und ihrer Vasallen aus den drei Ländern Indochinas abziehen, damit Indochinas drei Völker ohne Einmischung von außen unabhängig und selbständig ihre eigenen Probleme lösen können. Das ist der Schlüssel zur Entspannung der Lage im Fernen Osten.

Korea bleibt bis heute immer noch gespalten. Die Chinesischen Volksfreiwilligen wurden längst aus Korea abgezogen, während USA-Truppen bis heute in Südkorea verbleiben. Die friedliche Wiedervereinigung seines Vaterlandes ist

der gemeinsame Wunsch des ganzen koreanischen Volkes. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk unterstützen entschieden das von der Demokratischen Volksrepublik Korea im April dieses Jahres aufgestellte Acht-Punkte-Programm für die friedliche Wiedervereinigung des Vaterlands; sie unterstützen entschieden die von ihr gestellte gerechte Forderung nach Annullierung aller rechtswidrigen UNO-Resolutionen über die Korea-Frage und Auflösung der "UNO-Kommission für Koreas Vereinigung und Rehabilitierung".

Das Wesen der Mittelost-Frage liegt in der Aggression gegen das palästinensische Volk und die anderen arabischen Völker, die der israelische Zionismus, von den Supermächten unterstützt und ermuntert, verübt. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk unterstützen entschieden das palästinensische Volk und die anderen arabischen Völker in ihrem gerechten Kampf gegen Aggression und sind davon überzeugt, daß das heroische palästinensische Volk

und die anderen heroischen arabischen Völker, im Kampf ausdauernd und auf Geschlossenheit bestehend, die den arabischen Staaten verlorengegangenen Territorien zurückerobern und dem palästinensischen Volk seine nationalen Rechte wiederherstellen werden. Die chinesische Regierung vertritt die Ansicht, daß alle friedliebenden und für Gerechtigkeit eintretenden Staaten und Völker der ganzen Welt verpflichtet sind, den Kampf des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker zu unterstützen, daß niemandem das Recht zusteht, mit ihrem Existenzrecht und ihren nationalen Interessen hinter ihrem Rücken politischen Kuhhandel zu treiben.

Der Weiterbestand des Kolonialismus verschiedener Erscheinungsformen ist eine Herausforderung an alle Völker der Welt. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk unterstützen entschieden die Völker in Gebieten wie Mozambique, Angola und Guinea (Bissau) in ihrem Kampf um nationale Befreiung; sie unterstützen entschieden die Völker von Azania, Zimbabwe und Namibia im Kampf gegen die Kolonialherrschaft der Weißen und gegen Rassendiskriminierung. Dieser Kampf ist gerecht, und eine gerechte Sache muß siegen.

Ohne wirtschaftliche Unabhängigkeit ist die Unabhängigkeit eines Landes unvollständig. Die wirtschaftliche Rückständigkeit der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ist durch Ausplünderung von seiten des Imperialismus verursacht worden. Der Kampf gegen wirtschaftliche Ausplünderung und der Schutz der Ressourcen des Landes sind souveräne Rechte eines unabhängigen Staates, deren er nicht beraubt werden darf. China bleibt wirtschaftlich immer noch rückständig und ist ebenfalls ein Entwicklungsland. Wie die überwiegende Mehrheit der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gehört auch China zur Dritten Welt. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk unterstützen entschieden den zuerst von lateinamerikanischen Staaten und Völkern entfalten Kampf zur Verteidigung der Rechte auf 200-Seemeilen Hoheitsgewässer und für den Schutz der nationalen Ressourcen; sie unterstützen entschieden die erdölexportierenden Länder Asiens, Afrikas und Lateinameri-

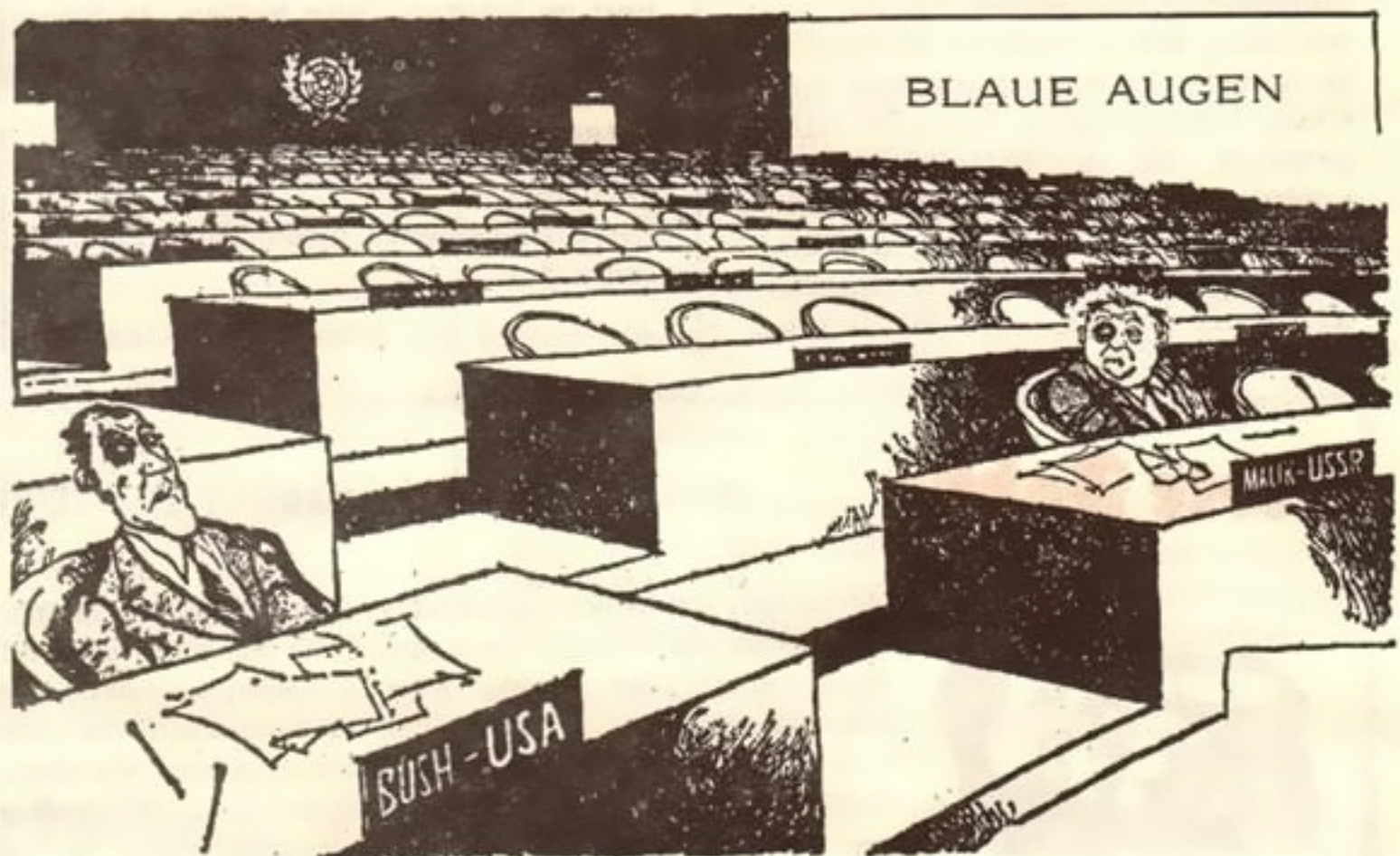
kas und die anderen regionalen und speziellen Organisationen im Kampf zur Wahrung der nationalen Rechte und Interessen und gegen die wirtschaftliche Ausplünderung.

Wir treten stets dafür ein, daß alle Staaten, ob groß oder klein, gleichberechtigt und die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz die Normen für zwischenstaatliche Beziehungen sein sollen.

Die Völker aller Länder haben das Recht, sich nach eigenem Willen ihre Gesellschaftsordnung zu wählen und die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität des eigenen Landes zu verteidigen. Kein Land ist berechtigt, ein anderes Land der Aggression, Subversion, Kontrolle, Intervention und Demütigung zu unterwerfen. Wir sind gegen die imperialistische und kolonialistische Theorie, wonach Großmächte kleinen Ländern überlegen seien und kleine Länder von Großmächten abhängig sein sollten. Wir sind gegen die Machtpolitik und die Hegemonie-Doktrin, nach denen Großmächte kleine Länder, starke Länder schwache Länder schikanieren dürfen. Wir treten dafür ein, daß die Angelegenheiten jeglichen Landes von dessen eigenem Volk, daß die Angelegenheiten der Welt von den Staaten der Welt, daß die Angelegenheiten der Vereinten Nationen von allen UNO-Mitgliedstaaten gemeinsam geregelt werden sollen. Es darf nicht zugelassen werden, daß die Supermächte diese Angelegenheiten manipulier-

ren und monopolisieren. Eine Supermacht will anderen übergeordnet sein und despotisch anderen im Nacken sitzen. China wird sich nie, weder heute noch in Zukunft, wie eine Supermacht verhalten, die anderen gegenüber Aggression, Subversion, Kontrolle und Intervention verübt und sie schikanieren.

Ein oder zwei Supermächte forcieren die Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen und verwenden große Kraft auf die Entwicklung von Kernwaffen; damit wird der internationale Friede ernstlich bedroht. Die Völker der Welt sehnen sich nach Abrüstung, insbesondere nach der Kernwaffen-Abrüstung. Das ist verständlich. Sie fordern die Auflösung von Militärblocks, den Abzug ausländischer Truppen und die Abschaffung ausländischer Militärbasen. Das ist gerechtfertigt. Die Supermächte führen zwar tagtäglich die Abrüstung im Munde, in der Tat betreiben sie aber Tag für Tag die Aufrüstung. Die von ihnen angegebene Kernwaffen-Abrüstung zielt einzig und allein darauf ab, die Kernwaffen zu monopolisieren und nukleare Bedrohung und Erpressung zu verüben. Auf keinen Fall wird China hinter dem Rücken derjenigen Länder, die keine Kernwaffen besitzen, an den Verhandlungen der Kernwaffen-Großmächte über eine sogenannte Kernwaffen-Abrüstung teilnehmen. Chinas Kernwaffen befinden sich noch im Versuchsstadium. China entwickelt Kernwaffen einzig und allein um der Verteidigung willen.



SO SIEHT EIN BÜRGERLICHER KARIKATURIST DER ENGLISCHEN "DENVER POST" DIE VERTRETER DER BEIDEN SUPERMÄCHTE NACH DER PROGRAMMATISCHEN REDE DES CHINESISCHEN UNO-DELEGIERTEN

um das Kernwaffenmonopol zu brechen und letzten Endes die Kernwaffen zu vernichten und den nuklearen Krieg aus der Welt zu schaffen. Die chinesische Regierung tritt stets für das allseitige Verbot und die vollständige Vernichtung der Kernwaffen ein und schlägt die Einberufung einer Gipfelkonferenz aller Länder der Welt vor, um über dieses Problem zu diskutieren und als ersten Schritt vor allem eine Vereinbarung über die Nichtanwendung von Kernwaffen zu treffen. Die chinesische Regierung hat mehrmals erklärt, und hiemit erkläre ich im Namen der chinesischen Regierung nochmals feierlich, daß China zu keiner Zeit und unter keinen Umständen als erster Kernwaffen anwenden wird. Wenn die USA und die Sowjetunion wahrhaftig die Abrüstung beabsichtigen, so müssen sie sich verpflichten, nicht als erste Kernwaffen anzuwenden. Das zu tun, ist nicht schwer. Ob sie dies tun werden, ist eine strenge Probe, ob sie wirklich den Wunsch nach Abrüstung hegen.

Wir vertreten stets die Meinung, daß die Völker verschiedener Länder in ihrem gerechten Kampf einander unterstützen. Die sozialistische Revolution und der sozialistische Aufbau in unserem Land haben bei allen Völkern stets Sympathie und Unterstützung gefunden. Alle Völker in ihrem gerechten Kampf zu unterstützen - das ist unsere unabweisliche Pflicht. Um die Völker in ihrem Kampf zu unterstützen und ihnen bei der unabhängigen und selbständigen Entwicklung ihrer eigenen Wirtschaft zu helfen, haben wir einigen mit China befreundeten Ländern Hilfe gewährt. Bei der Hilfeleistung respektieren wir seit eh und je strikt die Souveränität derjenigen Länder, denen solche Hilfe gewährt wird; wir stellen keine Bedingun-

Abonnieren Sie Rote Fahne

EINE ZEITUNG, DIE HIERZULANDE EINMALIG IST :

Unversöhnlich revolutionär -

geradlinig und offen, zugleich anspruchsvoll -

von arbeitenden für arbeitende Menschen geschrieben -

gedruckt und vertrieben von freiwilligen Mitarbeitern -

ohne kapitalistische Geldgeber und Inserenten -

behördlich schikaniert, behindert und verfolgt -

und dennoch nicht umzubringen!

VERLANGEN SIE UNVERBINDLICH PROBENUMMERN !

ABONNIEREN SIE !

VERLÄNGERN SIE RECHTZEITIG IHR ABONNEMENT !

Inland-Abonnement für 12 Nummern ö.S. 35,-

Auslands-Abonnement für 12 Nummern DM 10,-

gen und verlangen keine Privilegien. Den Staaten und Völkern, die gegen Aggression kämpfen, leisten wir unentgeltliche militärische Hilfe. Wir treten niemals als Waffenhändler auf. Wir sind entschieden dagegen, daß gewisse Staaten mittels ihrer "Hilfe" jene Länder, die sie erhalten, zu kontrollieren und auszuplündern versuchen. Da unsere Wirtschaft verhältnismäßig rückständig ist, ist die von uns gewährte materielle Hilfe sehr begrenzt. Unsere Unterstützung ist in der Hauptsache eine politische und moralische.

China hat 700 Millionen Einwohner. Es hat daher einen größeren Beitrag zum Fortschritt der Menschheit zu leisten. Wir hoffen, in Zukunft den Zustand, daß unsere Kräfte unseren Wünschen nicht entsprechen, Schritt für Schritt verändern zu können.

Herr Präsident, meine Herren Delegierten!

Auf Grund der in der UNO-Charta

gesteckten Ziele sollte die UNO die ihr zukommende Rolle bei der Wahrung des internationalen Friedens, im Kampf gegen Aggression und Intervention, bei der Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten spielen. Aber in einer langen Zeitspanne haben bisher ein oder zwei Supermächte unter Mißbrauch der UNO vieles getan, was der UNO-Charta und dem Wunsch aller Völker zuwiderläuft. Diese Situation darf nicht fortbestehen. Wir hoffen, daß der Geist der UNO-Charta in Wirklichkeit umgesetzt werden kann. Wir werden mit allen friedliebenden und für Gerechtigkeit eintretenden Staaten und Völkern zusammenstehen und gemeinsam mit ihnen Anstrengungen machen für die Wahrung der nationalen Unabhängigkeit und der staatlichen Souveränität der verschiedenen Länder, für die Verteidigung des internationalen Friedens und zur Förderung des Fortschritts der Menschheit.

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS
(MLPÖ)



Eigentümer: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ)
Herausgeber und Verleger: Franz Strobl, Für den Inhalt und den Druck verantwortlich: Peter Tesinsky, Alle: 1150 Wien, Goldschlagstraße 64/5.
Keine Inseratenannahme. Zuschriften und Bestellungen von Abonnements oder Probenummern erbeten an die Redaktion (Adresse wie oben, Tel. 92 33 88). Jahresabonnement (12 Nummern) S 35,-, Halbjahresabonnement (6 Nummern) S 20,-, Auslandsabonnement ö.S. 70,- oder DM 10,-, Verteiler-Rabatte lt. Anfrage, Postscheckkonto 173.848

